Ausgabe 106 **07.10.2010**

„Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Chaos in Stuttgart: Heiner Geißler kündigt einen Baustopp (bis voraussichtlich Ende dieses Jahres) während der Verhandlungen zu S 21 an. Auf Anfrage des SWR wegen des Dementis von Mappus und Grube stellt er fest, es dürfe während der Gespräche nichts geschaffen werden, was endgültig sei. Es gehe darum, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

Was soll das nun, glauben Mappus und Grube mit „weiter so“ und ein paar beschwichtigenden Worten davonzukommen? Die Rechnung, „die wählen uns sowieso“, könnte auch mal nicht aufgehen. Das brutale Vorgehen gegen die Demonstranten bei der „Baumfäll-Aktion“ dürfte vielen Menschen unvergesslich geworden sein.

Was sich in Baden-Württemberg in letzter Zeit ereignet hat, ist schon atemberaubend. Ein rechtlich abgesichertes Projekt gerät durch Arroganz und Bürgerferne der Mächtigen zum Spielball eines Konflikts um direkte und repräsentative Demokratie.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hält den Ausstieg aus S 21 für machbar. Auch für einen Volksentscheid sehen die Experten keine Hindernisse.

Frau Merkel häutet sich mal wieder: bis zur NRW-Wahl gab sie die Zögerliche (auch außenpolitisch s. Griechenland). Nun tritt sie auf als energische, durchsetzungskräftige Kanzlerin.

Wie kaum einer ihrer Vorgänger es je gewollt (oder gekonnt) hätte, beschädigen sie und ihre Schwarz-Gelbe Regierung den Sozialstaat. Die neue Hartz-Regelung spricht sozialer Gerechtigkeit Hohn. Was die sogenannte Gesundheitsreform noch bringen wird, kann nur befürchtet werden.

Erfreulich kann in diesen Tagen nur sein, dass die Debatte zur Notwendigkeit der Integration nun ernsthaft geführt werden muss. Bundespräsident Wulff hat den Islam als zu Deutschland zugehörig bezeichnet. Dies erfordert jedoch Integrationswillen aller Beteiligten.

Es grüßt Sie

die Redaktion

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- S 21: Vermittlung braucht Baustopp	2- 3
- Der Schlüssel zur Einheit – EU: "Nachhaltige europäische Finanzmarktarchitektur nimmt Gestalt an"- "Europäischer Mehrwert durch starke Städte und Kommunen" - Gute Arbeit bekommt in Europa eine neue Chance	3- 5
- "EU-Kommission darf Volkswirtschaften nicht die Luft abschnüren" - "Anstatt auf europäische Fördermittel zurückzugreifen belastet Merkel lieber die Mieter stärker als nötig" - "Sparbuch muss europaweit krisenfest sein!"	5- 7
- SPD-Bodenseekreis – Norbert Zeller:	
- OV Immenstaad: „Steuergerechtigkeit“	7- 8
- SPD für S21 – Bürger mitnehmen	8
- SPD gegen weitere Auseinandersetzungen	8- 9
- Schlechteste Landstraße gesucht - Zeller lobt Polizeiarbeit im Bodenseekreis	9-10
- Meinungsbeitrag: Rücktritt von Wolfgang Drexler – OV Überlingen: Meinungsaustausch zu Stuttgart 21 – OV Immenstaad : „Volksabstimmungen gegen Politikverdrossenheit?'	
- Termine im Bodenseekreis	10-12
- SBI: SP Kanton SG: Die Angestellten sind die VerliererInnen - Überwältigendes Nein zur unsinnigen Erweiterung der Ladenöffnungszeiten	13-14
- Übungsabbruch! - Zeit ist reif für eine eidgen. Gesundheitskasse - 3. Kantonale Behindertenkonferenz: Selbstbestimmung in der Tat	14-16
- SPÖ Vorarlberg: Frauensituationsbericht: Es gibt noch viel zu tun - www.vorarlberg-bricht-auf.at - SPÖ lehnt Minuslohnrunde ab	16-18
- Sensationeller Erfolg für roten Post-Gewerkschafter Franz Mähr - Junge Generation kritisiert Abschaffung der Teuerungsabgeltung	18-19
- SPD Kreis BC und Martin Gerster: Auf der anderen Seite - Gerster vor Ort im Asylbewerberheim: Umstellung auf Gutscheinsystem?	19-20
- Erstmals bestimmen Mitglieder den Wangener Landtagskandidaten mit - Gerster trifft österreichischen Sportminister - MdB Gerster besucht die Albert-Schweitzer-Schule	20-22
- DGB-Landesvorsitzender Landgraf kommt in den Wahlkreis von MdB Martin Gerster	22
- KV Ulm und Hilde Mattheis: Versäumt Bundesregierung die gesetzliche Regelung der Überschuldungsstatistik? - Schwarz-Gelbe Gesundheitsreform geht ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer und sozial Schwächsten	22-23
- Schwarz-gelber Atomdeal blockiert nötige Energiewende - SPD Partnerschaft Ulm-Jena auf dem Bundesparteitag der SPD präsentiert	23-24
- Hilde Mattheis informiert sich über Arbeit der psychologischen Beratungsstelle der Diakonie	24-25
- Keine Teilprivatisierung der Pflegeversicherung	25
- „Neue Wege in der Wirtschaftspolitik“	25
- Fortsetzung von S. 12 (Termine)	26
- SPD weist Regierungsgutachten zurück	26-27
- Mail-Informationsdienst – Verleihung Sozialistenhut – Einladung SGK Bayern	27-31
- Einladung: Fit fürs Amt II	32-33
- Impressum	34

Stuttgart 21

Vermittlung braucht Baustopp

In einer Aktuellen Stunde zum Bahnprojekt Stuttgart 21 schlossen sich die Oppositionsparteien im Bundestag den Forderungen der Projektgegner in Baden-Württemberg an. Sie forderten einen Bau- und Vergabestopp um „echte“ Vermittlungsgespräche zu ermöglichen. Die SPD-Fraktion argumentierte, die Proteste der Bürgerinnen und Bürger dürften nicht ignoriert werden. "Es geht um das Vertrauen und die Akzeptanz der Bürger", sagte die baden-württembergische SPD-Abgeordnete Ute Vogt. Florian Pronold, stellvertretender Fraktionsvorsitzende der SPD, warf der Regierung am Mittwoch vor, ihre Argumentation in der Debatte habe sich von den Sachfragen entfernt. Er forderte einen Weg der Ruhe und Vernunft: „Ruhe, das heißt Bau- und Vergabestopp. Vernunft heißt Volksabstimmung.“

Geißler übernimmt Vermittlungsgespräche

Minister Präsident Mappus hatte am Vormittag mitgeteilt, dass der frühere CDU-Generalsekretär und erfahrene Tarifschlichter Heiner Geißler nun im verfahrenen Streit um das Milliarden-Projekt vermitteln solle. Geißler soll Gespräche auf Spitzenebene und Expertentreffen organisieren. Dabei sollen Themen wie die Gestaltung der freiwerdenden Flächen in der Stuttgarter Innenstadt, Aspekte der Geologie, aber auch die Kosten des Projekts diskutiert werden. In den vergangenen Wochen waren zwei Anläufe für Vermittlungsgespräche gescheitert. Ob es jetzt zur Vermittlung kommt, ist aber fraglich: SPD, Grüne und das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 akzeptierten Geißler zwar als Mittelsmann, machten aber einen Baustopp zur Bedingung für die Gespräche. Mappus lehnt das strikt ab.

Baustopp bis zur Volksabstimmung

Der SPD-Landesvorsitzende Nils Schmid begrüßte die Benennung von Geißler als Schlichter. Es sei wichtig, sachlich Argumente auszutauschen. Dies ändere aber nichts daran, dass letztlich die Bürger über das Projekt entscheiden müssten.

Schmid mahnte, bis zu einer verbindlichen Volksabstimmung sei ein Baustopp erforderlich. Die SPD stehe zwar "in der Sache" weiter zu Stuttgart 21. Aber kein Projekt sei es wert, "dass eine Gesellschaft ihren inneren Zusammenhalt verliert". Notwendig sei nun eine zusätzliche Legitimation für das Vorhaben, um die Situation zu befrieden. Auch die Opposition im Bundestag betonte, dass es nur dann eine echte Vermittlung zwischen Gegnern und Befürwortern des Projektes erfolgen könne, wenn die Arbeiten am Bahnhof ausgesetzt würden.

Polizeieinsatz „politisch verheerend“

Mappus reagierte mit seinem Dialogangebot auf die Eskalation am vergangenen Donnerstag im Schlossgarten. Die Polizei war mit Pfefferspray, Wasserwerfern und Schlagstöcken gegen Demonstranten vorgegangen, die gegen die Fällung alter Bäume protestierten. Es gab hunderte Verletzte - darunter auch Schüler und Rentner. In der heutigen Sitzung des Bundestags-Innenausschusses zum umstrittenen Polizeieinsatz in Stuttgart sind aus Sicht der Opposition viele Fragen offen geblieben. Weder Union noch FDP äußerten sich am Mittwoch zur Verhältnismäßigkeit des Vorgehens der Polizei.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Wiefelspütz, erklärte, politisch sei es verheerend, wenn die Staatsmacht so gegen normale Bürger eingesetzt werde wie am Donnerstag. „Das ist politisch absolut unklug. Es zerstört den Frieden in der Gesellschaft. Es polarisiert, es spaltet.“ Heike Hänsel von der Linksfraktion griff die FDP in der Aktuellen Stunde scharf an: dass die „Bürgerrechtspartei“ FDP bislang nichts zum Polizeieinsatz gesagt habe, sei ein Skandal.

Teresa Bücker • 06. Okt 2010 **SPD.de**
(mit dpa)

20 Jahre vereinte SPD Ost und West

Der Schlüssel zur Einheit:

Wertschätzung und "gute Arbeit"

Mit einem Festakt erinnerte die SPD am Samstagnachmittag an den Zusammenschluss der Sozialdemokraten aus Ost und West vor 20 Jahren. In der Station Berlin fanden sich am Vortag des Parteitages über 500 Gäste zusammen. „Die deutsche Einheit ist und bleibt eines der wirklich glücklichen und gelungenen Ereignisse in der deutschen Geschichte“, sagte Parteichef Sigmar Gabriel in seiner Eröffnungsrede.

Mutige ostdeutsche Sozialdemokraten seien als Teil der friedlichen Revolution in der DDR die ersten gewesen, die mit einer unabhängigen Partei die SED-Diktatur herausgefordert hätten. „Ich kann mich an nichts erinnern, das in meinem politischen Leben so viel Begeisterung ausgelöst hat wie die Grenzöffnung 1989“, stellte Gabriel den Behauptungen gegenüber, den West-Sozialdemokraten habe es damals an Begeisterung gemangelt: „Denn eines ist sicher: Jede Last, die wir seither zu tragen hatten, war weitaus leichter als die Last der deutschen Teilung und Unterdrückung und Unfreiheit von Millionen von Menschen in der ehemaligen DDR.“

Das Ziel der Einheit habe Hans-Jochen Vogel schon auf dem Vereinigungsparteitag 1990 formuliert: „Künftig wird nicht mehr gefragt werden, ob das, was bei uns geschieht, besser ist als drüben, sondern ob es gut ist, ob es ökologisch ist und vor allem sozial.“ Gabriel erinnerte daran, dass auch heute die zentrale Frage lauten müsse: Ist es gut?

Der Schlüssel zur Einheit: Wertschätzung und "gute Arbeit"

Zwei Dinge höre er immer wieder, so Gabriel, wenn er mit Menschen in Ostdeutschland spreche: Es ginge um fehlende Arbeit und das Gefühl fehlender Anerkennung. Die Politik müsse lernen mit diesen Gefühlen umzugehen. Es sei wichtig, den ostdeutschen Bürgern mehr Wertschätzung für ihre Lebensleistung auszusprechen. Sie hätten sie nicht nur die Einheit herbeigeführt, sondern sich auch mehr abverlangt als Bürger und Politik es heute tun würden. Als Schlüssel zur tatsächlichen Einheit Deutschlands nannte der Parteivorsitzende: "Gute Arbeit." Die Menschen seien verunsichert und erlebten eine Gesellschaft, die Einstieg und Aufstieg blockiere. Unsicherheit aber solle nicht der Anstoß für Leistung sein, kritisierte Gabriel mit Blick auf die marktradikale Politik. Demokratie und die Freiheit eines selbstbestimmten Lebens müssten wieder erlebbar werden. Die Menschen bräuchten wieder mehr Sicherheit, Chancengleichheit und Respekt - egal wo in Deutschland sie lebten und ganz gleich aus welchem Land sie nach Deutschland gekommen seien.

Thierse: SPD muss "die linke Partei in Deutschland" sein wollen

Nach dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel sprachen Hans-Jochen Vogel und Wolfgang Thierse stellvertretend für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die im Jahr 1990 die SPD-Ost und SPD-West zu einer Sozialdemokratie für ganz Deutschland vereinten. Der damalige Vorsitzende der SDP, Wolfgang Thierse, begann seine Rede mit einer persönlichen Erinnerung an den Vereinigungsparteitag: „Als Willy-Brandt mich umarmte und ihm die Tränen in die Augen stiegen, dachte ich schon, dies sei der Höhepunkt meiner politischen Karriere.“ Thierse lobte den Solidarpakt und sprach sich dafür aus, diesen über das Jahr 2019 hinaus zu verlängern. Man müsse würdigen, was der Sozialstaat für die Vereinigung geleistet habe, anstatt ihn für zu teuer zu erklären. Von der SPD forderte Thierse niemals den Anspruch aufzugeben, "die linke Partei in Deutschland" sein zu wollen. Die SPD sei die Partei, die Gerechtigkeit und Freiheit nicht gegeneinander ausspiele, sondern als untrennbaren Zusammenhang der Grundlage ihrer Politik begreife.

Vogel: "Nur wer selbst überzeugt ist, kann andere überzeugen."

Hans Jochen Vogel, der am 27. September 1990 erster Chef der vereinigten SPD wurde, erinnerte an eine Passage der Rede von Wolfgang Thierse vor 20 Jahren. So habe Thierse die Befürchtung, der Zu-

sammenschluss der SPD und SDP könne die Partei verändern, kommentiert: "Ich hoffe, wir tun es." "Darauf könnten wir uns auch heute noch berufen", so Vogel. Bei der Neuausrichtung der Partei sollte man jedoch heute nicht nur über Fehler reden, sondern auch über Leistungen und auf diese stolz sein: "Nur wer selbst überzeugt ist, kann andere überzeugen." Vogel rief dazu auf, sich gegen die Ökonomisierung der Gesellschaft zu stellen: "Die soziale Gerechtigkeit muss wieder zur besonderen Gerechtigkeit der Sozialdemokratie werden."

Teresa Bücker • 25. Sep 2010 **SPD.de**

Fraktion der Progressiven Allianz der

Sozialdemokraten

im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"Nachhaltige europäische Finanzmarktarchitektur nimmt Gestalt an"

Europäisches Parlament gibt grünes Licht für neue EU-Aufseher

Mit deutlicher Mehrheit hat das Europäische Parlament heute in Straßburg grünes Licht für die neue europäische Finanzmarktaufsicht gegeben. "Jetzt ist endlich ein Schlussstrich unter die monatelangen Verhandlungen gesetzt und die neuen EU-Finanzaufsichtsbehörden können ihre Arbeit zeitnah aufnehmen. Besonders wichtig war es, dass wir Sozialdemokraten gegen den Druck der Mitgliedstaaten durchsetzen konnten, dass die europäischen Aufseher an den Märkten durchgreifen können. Dadurch besteht zukünftig größerer Handlungsspielraum auf europäischer Ebene, der dann auch unmittelbar genutzt werden kann", betonte der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**.

"Der abgestimmte Gesetzesentwurf geht in einigen Bereichen deutlich über den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission hinaus", unterstrich **Peter SIMON**, Mitglied im Wirtschafts- und Währungsausschuss. Dazu zählten die Überwachung der Systemrisiken und die Leitungsfunktion der europäischen Aufseher über nationale Aufsichtskollegien. Die herausragende Rolle der EUAufsicht beim zukünftigen Krisenmanagement und bei der Abwicklung von Finanzinstituten, die in Schieflage geraten sind, gehe ebenfalls auf die Initiative des EU-Parlaments zurück.

Deutliche Fortschritte gebe es auch beim Verbraucherschutz. "So können die drei neuen Aufsichtsbehörden etwa riskante Finanzprodukte vorübergehend vom Markt nehmen. Dies gilt für Bereiche, die durch EU-Gesetze bereits reguliert sind, sowie für Krisensituationen", so **Peter SIMON** weiter.

"Die neue europäische Finanzaufsicht ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen europäischen Finanzmarktarchitektur, doch sie bleibt nur Stückwerk, wenn als Lehren aus der aktuellen und zur Vermeidung zukünftiger Krisen jetzt nicht zeitnah auch bei der Regulierung von Hedge Fonds und Private Equity sowie des Derivatehandels tragfähige gemeinsame europäische Lösungen gefunden werden. Die Staats- und Regierungschefs sollten deshalb ihre nationalen Vorbehalte überwinden und die Finanzmärkte im Sinne der Verbraucher und Steuerzahler endlich insgesamt regulieren", so **Peter SIMON** abschließend.

Straßburg, 22.09.2010 **Büro Peter Simon, MdEP**
Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, Tel. 0033 388175558

Peter SIMON:

"Europäischer Mehrwert durch starke Städte und Kommunen"

Hochkarätige Veranstaltungen der parlamentarischen Intergruppen "Urban" und "Öffentliche Dienstleistungen" zum Mehrwert der städtischen Dimension und Zukunft der Öffentlichen Dienstleistungen

Im Rahmen zweier hochkarätiger Konferenzen der fraktionsübergreifenden parlamentarischen Intergruppen "Urban" und "Öffentliche Dienstleistungen" hat sich der baden-württembergische Europaabgeordnete **Peter SIMON** erneut für eine weitere Stärkung der Städte und Kommunen durch die europäische Ebene ausgesprochen. "Schließlich sind es die Städte und Kommunen, die die europäische Politik und Entscheidungen als die dem Bürger am nächsten stehende Ebene Tag für Tag umsetzen. Diesem Stellenwert sollte man aber endlich auch dadurch Rechnung tragen, dass man sie stärker als bisher in die Entscheidungsfindungsprozesse ein bezieht. Nur so kann man wirklich von den Erfahrungen der lokalen Akteure profitieren und es werden keine Programme oder Verordnungen aufgesetzt, die zu wenig auf die Realitäten und Bedürfnisse vor Ort abgestimmt sind", so der Vizepräsident der beiden Intergruppen.

Auf der Konferenz "Mehr Stadt, mehr Kohäsion. Der Mehrwert der städtischen Dimension in der Kohäsionspolitik", die die Intergruppe "Urban" gemeinsam

mit der belgischen Ratspräsidentschaft und Eurocities, einem Netzwerk größerer europäischer Städte, dem auch Mannheim angehört, ausrichtete, sprach sich **SIMON** in einer Diskussionsrunde im Beisein des Kommissars für Regionale Entwicklung, **Johannes Hahn**, dafür aus, die Förderung der städtischen Dimension verbindlich in den jeweiligen Operationellen Programmen der deutschen Bundesländer zu verankern und die Kooperation zwischen der Landesebene und den lokalen Akteuren zu verbessern: "Die Fördermittel aus den Strukturfonds könnten noch effektiver und zielgerichteter eingesetzt werden, wenn die für die Operationellen Programme auf Länderebene zuständigen Behörden die lokalen Akteure bereits bei der Entwicklung dieser Programme mit ins Boot holen würden".

Im Rahmen der Konferenz "Rethink Public Services in Europe in the agenda 2020", die von der Intergruppe "Öffentliche Dienstleistungen" gemeinsam mit der belgischen Ratspräsidentschaft ausgerichtet wurde und bei der die Zukunft der Daseinsvorsorge in Europa im Mittelpunkt stand, machte SIMON anhand des Beispiels der Liberalisierung des deutschen Telekommunikationsmarktes und des jetzt vielerorts bestehenden Problems fehlender Breitbandversorgung deutlich, dass eine Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen Zugang und Angebot nicht immer automatisch verbessere. "Die Qualität und der allgemeine Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen dürfen bei all dem Wettbewerbsdenken nicht auf der Strecke bleiben. Der Bürger hat einen Anspruch auf qualitativ hochwertige und bezahlbare öffentliche Dienstleistungen", **so SIMON**.

Brüssel, 24.09.2010 **Büro Peter Simon, MdEP**

Gute Arbeit bekommt in Europa eine neue Chance

„Es ist ein großer Erfolg der europäischen Sozialdemokraten, aus den schwachen Vorschlägen der Kommission Leitlinien geschaffen zu haben, die unsere Vorstellungen von guten Arbeitsplätzen beschreiben“, zeigte sich Jutta Steinruck, Schattenberichterstatterin der S&D-Fraktion, erfreut über das Ergebnis der Abstimmungen zu den Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU im Europäischen Parlament in Straßburg.

Auf Druck der Sozialdemokraten konnte der Grundsatz des gleichen Lohns für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für gleiche Arbeit am gleichen Ort und das Ziel der Vollbeschäftigung in die Leitlinien aufgenommen werden. „Bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze in der EU geht es uns Sozialdemokraten darum, dass es sich um Gute Arbeit handelt. Dazu zählen faire Bedingungen und keine unsicheren oder befristeten Beschäftigungsverhältnisse“, so Jutta Steinruck.

Jutta Steinruck, Beschäftigungsexpertin der SPD-Europaabgeordneten, kritisierte jedoch im Rahmen der Debatte das Verfahren. „Das Parlament wurde im Verfahren zunächst nicht ernst genommen“, sagte Jutta Steinruck. „Nachdem die EUKommission nicht nur erst sehr spät einen Vorschlag vorgelegt hatte, wollten die Mitgliedstaaten anfangs sogar über diesen entscheiden, ohne vorab das Votum der gewählten Abgeordneten abzuwarten. Umso wichtiger war es, dass wir eine möglichst breite Mehrheit im Plenum erreichen konnten, um die Mitgliedsstaaten zur Übernahme unserer Vorschläge zu bringen“, betonte Jutta Steinruck. Die SPD-Politikerin forderte nun die belgische Ratspräsidentschaft auf, die Kernforderungen aus den Beschlüssen zu übernehmen.

Die Sozialdemokraten fordern in ihren Anträgen die Aufnahme klarer Ziele zur Senkung der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigungspolitischen Leitlinien. „Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung in Europa fest. Das ist vor allem ein wichtiges Signal für Langzeitarbeitslose. Wir wollen alle Menschen in gute Arbeit bringen“, unterstrich Jutta Steinruck. Die SPD-Europaabgeordnete betonte, dass wichtige Ziele zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Jugendlichen, älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Migranten und anderen Gruppen bereits bis zum Jahr 2014, und damit schneller als es dem Entwurf der Kommission entsprach, umgesetzt werden sollen. „Wir dürfen nichts auf die lange Bank schieben, sondern müssen schnell geeignete Maßnahmen ergreifen, gute Arbeitsplätze zu schaffen.“

Zum Abschluss mahnte sie die EU-Kommission, die nationalen Maßnahmen regelmäßig zu kontrollieren und die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung zu unterstützen, um die Ziele der Leitlinien tatsächlich bis 2014 im Rahmen der 2020 Strategie zu erreichen.

Europa Aktuell Nr. 9/2010

Peter SIMON:

"EU-Kommission darf Volkswirtschaften nicht die Luft abschnüren"

EU-Kommission stellt Pläne für europäische Wirtschaftsregierung vor

"Vom Ansatz her gut, im Detail aber noch zu unausgewogen", so die erste kritische Einschätzung des baden-württembergischen SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON** zu den heute Mittag von Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn vorgestellten Plänen für eine europäische Wirtschaftsregierung. "Da hohe Staatsdefizite nicht nur die wirtschaftliche Stabilität des eigenen Landes gefährden, sondern in einer Währungsunion wie der Eurozone auch weitreichende Folgen für die Stabilität der anderen Mit-

gliedsländer haben, ist es vom Prinzip her absolut richtig, die Defizitquoten konsequent zu überwachen. Dabei darf jedoch die wirtschaftliche und soziale Situation in Europa nicht einfach außer Acht gelassen werden", betont **Peter SIMON**, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung. "Einseitige Sparpolitik und Haushaltsdisziplin sind allein nicht geeignet, Wachstum zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Beschränkung auf Kürzungen zu Lasten der Arbeitnehmerschaft oder wichtiger Zukunftsinvestitionen führt in eine Sackgasse. Eine ganzheitliche volkswirtschaftliche Betrachtung ist unverzichtbar", so **Peter SIMON** weiter.

Bezüglich des Vorschlags, die Sanktionen für Länder der Eurozone zu verschärfen, wenn diese nicht schnell genug ihre öffentlichen Schulden verringern, warnt **Peter SIMON** daher: "Man muss aufpassen, dass durch den Vorschlag der Kommission den Volkswirtschaften nicht die Luft abgeschnürt wird. Den Mitgliedstaaten muss es möglich sein, länderspezifische wirtschaftliche und soziale Entwicklungen bei der Sanierung des Haushalts zu berücksichtigen. Ein flexibler Ansatz, der Entwicklungspotenziale einbezieht und positive Trends verstärkt, ist hier sinnvoller", betont **Peter SIMON.**

"Die Vorschläge der EU-Kommission berücksichtigen leider nur unzureichend Folge und Ursache der Krise. Der rasante Anstieg der öffentlichen Schulden im vergangenen Jahr ist auch ein direktes Resultat der kostenintensiven Rettungs- und Konjunkturpakete. Daher wäre es falsch, den Hebel jetzt gerade bei den öffentlichen Investitionen oder Sozialausgaben anzusetzen und sich davon mehr Stabilität zu versprechen. Der bestehende Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte vielmehr um einen 'Wachstums- und Beschäftigungspakt' erweitert werden. Die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen sowie w i e die Sicherung und Stärkung der Binnennachfrage in den EU-Mitgliedstaaten darf ebenso wenig der Kontrolle der Staatsverschuldung untergeordnet werden. Beiden Zielen muss die gleiche Bedeutung zukommen", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 29.09.2010 **Büro Peter Simon, MdEP**

Peter SIMON:

"Anstatt auf europäische Fördermittel zurückzugreifen belastet Merkel lieber die Mieter stärker als nötig"

680 Millionen Euro aus dem europäischen Fonds für Regionalentwicklung bislang ungenutzt für energetische Wohnungssanierung in Deutschland

Empört zeigte sich der SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** über die heutige Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass Hauseigentümer zukünftig einen noch größeren Teil der Kosten für energetische Gebäudesanierung auf ihre Mieter umlegen können ohne wenigstens zu versuchen, diese Belastung so klein wie möglich zu halten. "Unabhängig davon, dass die Mieter bei solchen Maßnahmen bereits heute mit zur Kasse gebeten werden, kann es doch nicht angehen, dass dieser Beitrag noch höher werden soll, wenn die Bundesregierung für Deutschland zugleich den Einsatz von 680 Millionen Euro an Fördergeldern aus Europa ausschließt, die genau für diese Zwecke verwendet werden könnten und somit die Mieter entlasten würden", so das Mitglied des Ausschusses für Regionale Entwicklung.

Im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms ermöglicht der EFRE (Europäische Fonds für regionale Entwicklung) bereits seit Mai 2009 Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung in den Mitgliedstaaten einzusetzen. Während andere europäische Staaten wie Frankreich, Belgien und Großbritannien die Mittel jedoch nutzen, hat die Bundesregierung die Förderung des Wohnungsbaus mit Mitteln der EU aber bereits im Koalitionsvertrag kategorisch ausgeschlossen. " S i c h nach dieser Entscheidung jetzt hinzustellen und zu sagen, dass sich die Mieter noch stärker an der Gebäudesanierung beteiligen müssen, ist reiner Hohn. Vor allem wenn das noch durch den Hinweis begleitet wird, dass die Mieter dann ja langfristig Einsparungen bei den Energiepreisen haben werden", betont **Peter SIMON**. "Was viele Bürger aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten brauchen, ist eine aktuelle Entlastung. Und durch die Nichtnutzung der europäischen Fördermittel für energetische Wohnungssanierung lässt die Bundesregierung eine weitere Gelegenheit aus, anstatt ihrer üblichen Klientelpolitik einmal wirklich etwas für die Entlastung der Normalverdiener und kleinen Leute zu tun".

Brüssel, 29.09.2010 **Büro Peter Simon, MdEP**

Peter SIMON:

"Sparbuch muss europaweit krisenfest sein!"

Peter SIMON ist Berichterstatter für die Neuregelung der Einlagensicherungssysteme

Ersparnisse von EU-Bürgerinnen und -Bürgern sollen in Zukunft besser geschützt werden. Der zuständige Wirtschaftsausschuss im Europäischen Parlament benannte am Dienstagabend in Brüssel den baden-württembergischen SPDEuropaabgeordneten **Peter SIMON** zum Berichterstatter für die Neufassung der

entsprechenden Richtlinie über Einlagensicherungssysteme.
"Die europäischen Sparbücher und Konten müssen krisenfest sein", so der SPDPolitiker **Peter SIMON.**
Der vorliegende Vorschlag der EU-Kommission, mit dem sich nun das Europäische Parlament befassen wird, soll den Lehren aus der Finanzkrise Rechnung tragen und das Anlagevertrauen sowie die Finanzstabilität in wirtschaftlichen Stressphasen stärken. Dazu sieht der Gesetzentwurf unter anderem vor, dass Sparer ihr Geld bis zu einer Obergrenze von 100.000 Euro bei Insolvenz ihrer Bank innerhalb von sieben Tagen zurückerhalten. Auch sollen die Mitgliedstaaten in Zukunft dafür sorgen, dass alle Kreditinstitute verpflichtend einem nationalen Einlagensicherungssystem angehören, das im Falle eines Bankzusammenbruchs die Sparer entschädigt. Zusätzlich sollen diese nationalen Sicherungssysteme im Notfall in einem europaweiten Netz aufgefangen werden können, indem sich die Institute gegenseitig Kredite zur Verfügung stellen müssen.
"Dieser zusätzliche Sicherungsmechanismus verbessert nicht nur den Einlagenschutz für die europäischen Sparer, sondern ist auch im Interesse der Steuerzahler. Denn Ziel muss es sein, dass die Finanzwelt selbst die Verantwortung aus den Folgen ihrer Handlungen trägt und nicht immer der Staat in Notfällen einspringen muss", betonte **Peter SIMON**.
Die Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken in Deutschland befürchten durch den vorliegenden Text der Kommission Einschnitte in die Funktionsweise ihrer Institutssicherungssysteme. Der Berichterstatter **Peter SIMON** greift diese Bedenken auf und macht deutlich, dass er im weiteren Gesetzgebungsprozess dafür eintreten wird, funktionierende Sicherungssysteme weder abzuschaffen noch ihre Handlungsspielräume unangemessen einzuschränken: "Die Institutssicherung hat sich bewährt. Es gilt jetzt, erprobte Systeme und das Streben nach einem erhöhten europäischen Schutzniveau für Sparer konstruktiv zusammenzuführen."
Brüssel, 06.10.2010 **Büro Peter Simon, MdEP**

SPD - Kreisverband Bodenseekreis

MdL Norbert Zeller

SPD Ortsverein Immenstaad

<u>Themenabend</u>:

„Steuergerechtigkeit“

Die SPD hatte zu obigem Themenabend eingeladen, wobei insbesondere das **Ehegattensplittung** unter die Lupe genommen werden sollte. Hierzu stellte unser Mitglied **Marco Theiling**, Studierender der Wirtschaftswissenschaften an der Uni Konstanz und inzwischen Referendar, sein geballtes Wissen aus einem Seminar mit dem netten Namen „Liebesökonomie“ zur Verfügung.

Das Ehegattensplitting in seiner jetzigen Form gibt es seit 1958 und sollte gezielt die Alleinverdiener-/Hausfrauenehe bevorzugen. Das ist bis heute der Fall! Allerdings macht sich der Splittingeffekt vorrangig bei höheren Einkommen und bei großen Einkommensunterschieden bemerkbar (bis zu 15.500 Euro/Jahr weniger Steuerschuld als bei Einzelveranlagung). Insgesamt gibt der Staat 20,6 Mrd. für das Ehegattensplitting aus. Nur 9 % davon gehen in die neuen Bundesländer, da es dort keine großen Unterschiede bei den Einkommen der Ehepartner gibt. Insgesamt betrugen in 2007 die familienbezogenen Leistungen rund 233 Mrd; hierzu zählen u. a. Ausgaben für Schulen, Beitragsfreiheit in der Krankenversicherung, Witwen(r)-Rente etc.

Da sich die Lebenswirklichkeit von Ehepaaren/Familien in den letzten 50 Jahren sehr verändert hat, stellt sich die Frage, ob das Ehegattensplitting noch zeitgemäß ist. Wie Marco Theiling anhand vieler Zahlenbeispiele darstellte, hat es insbesondere für Frauen eine Reihe von Nachteilen. Sie werden davon abgehalten, als Mütter wieder regulär berufstätig zu werden, arbeiten oft in Teilzeit und geringfügigen Beschäftigungen, verdienen insgesamt weniger als Männer, ihre Renten sind niedriger. Dies ist besonders gravierend, wenn die Ehe geschieden wird, und das ist heute bei einem Drittel der Ehen der Fall. Kehrt eine Frau nach der Familienpause in den Beruf zurück, sieht durch den höheren Steuersatz das Einkommen noch geringer aus.

Welche Reformvorschläge werden nun zurzeit diskutiert? Das **Familiensplitting**, das die Kinder einbezieht, hat den Nachteil, dass Familien mit einem geringen Einkommen davon nicht profitieren können, verursacht aber sehr hohe Kosten für den Staat. Beim **Realsplitting** würde nicht wie bisher der sogenannte Halbteilungsgrundsatz angewandt, sondern ein begrenzter Einkommensbetrag auf den Partner übertragen werden können. Hier schlägt die SPD 15.000 Euro vor. Bei berufstätigen Ehepaaren ohne größere Einkommensdifferenz würde sich nicht viel ändern; der Staat würde allerdings 2 - 3 Mrd. Euro einsparen. Die **Individualbesteuerung** gilt als verfassungswidrig, könnte aber so ausgestaltet werden, dass sich ein Zweiteinkommen (meistens von der Ehefrau erarbeitet), einem niedrigeren Grenzsteuersatz gegenübersieht. Im Gegenzug würde das Ehegattensplitting komplett entfallen.

Fazit: Im Sinne des Grundgesetzes, das Gleichberechtigung von Männern und Frauen vorsieht, sollte es bessere Arbeitsangebote für Frauen und insbesondere für betreuende Eltern geben. Besonders wichtig ist ein qualifiziertes und zeitlich ausreichendes Angebot für die frühkindliche Bildung und Betreuung aller Kinder. Letzteres wurde von der vormaligen rot-grünen Bundesregierung bereits auf den Weg gebracht. Nach knapp 50 Jahren Ehegattensplitting sollte diese überholte Bevorzugung von Alleinverdiener-Ehen der Realität angepasst werden. Es wurde in der Diskussion der Wunsch nach größeren gesellschaftlichen Solidarität geäußert. Die Beteiligung von Männern an der Familienarbeit sowie eine bessere Ausgestaltung der Arbeitsplätze könnten für mehr Familienfreundlichkeit sorgen.

Zum Schluss gab es eine lebhafte Diskussion zum Thema, an dem sich auch unsere Gäste Adnan Sabah, SPD-Zweitkandidat für die Landtagswahl, und Leon Hahn, Juso-Vorsitzender im Bodenseekreis, beteiligten. Unser Dank geht an Marco für seine hervorragende Übermittlung dieses schwierigen Themas.
20.09.2010 Irene Demuth, OV-Vorsitzende

SPD für S21 – Bürger mitnehmen

Die Initiative der Landes-SPD zum Volksentscheid über das Bahnprojekt Stuttgart - Ulm solle ein Signal zum sachlichen Wettstreit um die besseren Argumente sein, so der Kreisvorsitzende Jochen Jehle. Bei einem solchen Konflikt, der große Polizeikräfte im Land binde und der sich zunehmend zuspitze, sei es besonders wichtig, dass möglichst viele Bürger mitgenommen werden und das Vertrauen in die Entscheidungen der gewählten Gremien und Politiker zurückgewonnen wird. Von daher begrüße die SPD Bodenseekreis, dass sich die Bürgermeister, die Landräte und auch die CDU in der Bodenseeregion vor kurzem öffentlich für dieses Zukunftsprojekt ausgesprochen haben und die Vorteile für die Region und das Land hervorhoben. Dies zeige, dass sich die Befürworter des Projekts mit ihren Argumenten nicht verstecken müssten und sich dem Votum der Bürger stellen könnten.

Wenig nachvollziehbar sei die Position des Kreisverbandes Die Grünen. Schließlich könnten mit dem neuen Bahnprojekt täglich tausende Pendler in der Region Stuttgart und darüber hinaus schneller an ihren Arbeitsplatz gelangen. Und im Zusammenspiel mit der Südbahn rücke die Bodenseeregion näher an das nationale und internationale Schnellbahnnetz. Außerdem schätze die Universität Stuttgart, dass mit dem Gesamtprojekt 18 Mio. Personenfahrten von der Straße auf die Schiene verlagert würden. „Stuttgart 21 ist also Nahverkehr pur für das Land und unsere Region, mit allen ökologischen Vorteilen und Verbesserungen für die Lebensqualität der Menschen, die den Grünen sonst immer so wichtig sind“, so Jehle.

Weder würde durch S21 der weitere Ausbau des Schienengüterverkehrs verhindert, noch sei bewiesen dass das Alternativprojekt K21 leistungsfähiger oder wirtschaftlicher als S21 sei. Das Risiko, dass Kosten eines Großprojekts im Laufe der Zeit stiegen, könne man nie ausschließen. Aber da sei es wie beim laufenden Großprojekt zum Ausbau erneuerbarer Energien: „Die Vorteile überwiegen!“, so Jehle.

Die SPD Bodenseekreis und MdL Norbert Zeller stehen deshalb fest zur Entscheidung für das Projekt. Auf den Internetseiten der SPD Bodenseekreis finden interessierte Bürger Informationen zum Projekt, den Vorteilen für die Region und Links zu Internetseiten mit Pro- und Contra-Argumenten zu S21.
28.09.2010 Jochen Jehle, Kreisvorsitzender
Link:
www.spd-bodenseekreis.de

Der obige und der folgende Beitrag wurden vom Roten Seehas im Dienste der Meinungsvielfalt trotz ihrer Gegensätzlichkeit ohne Kommentar nebeneinander gesetzt.

SPD gegen weitere Auseinandersetzungen

Mit der Behauptung, die „Initiative der Landes-SPD zum Volksentscheid über das Bahnprojekt Stuttgart - Ulm solle ein Signal zum sachlichen Wettstreit um die besseren Argumente sein“ widerspricht Jochen Jehle Erhard Eppler, auf dessen Anregung hin sich die Landes-SPD für einen Volksentscheid zu Stuttgart 21 entschieden hat. Eppler meinte in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung vom17.09.2007, das Jehle vom Verfasser dieser Zeilen am 22.09.2010 per E-Mail geschickt worden ist, zum Volksentscheid: „Es gibt hier einen klaren Unterschied zwischen der SPD im Land und dem, was ich hier zusammen mit anderen in die Diskussion gebracht habe. Wir wollen nicht in der Sache Stellung nehmen, weil wir uns nicht als Experten fühlen. Unsere Sorge ist der innere Friede in Baden-Württemberg. Die SPD hat sich in der Sache nicht bewegt. Sie ist nach wie vor für das Projekt. Sie sagt aber, dass sich das Volk dafür entscheiden muss.“ Also von wegen „Wettstreit um die besseren Argumente“.

Eppler an anderem Ort: „Der erste Versuch eines Bürgerentscheids ist aus juristischen Gründen abgewimmelt worden, jetzt ist die Atmosphäre so vergiftet, dass eine sachliche Diskussion nicht mehr gelingt. Es gibt klare Signale von den Gegnern … dass sie jedes Ergebnis akzeptieren. Daher muss die Bürgerschaft zu Wort kommen.“ Wenn die Gegner von Stuttgart 21 bereit sein sollen, jedes Ergebnis zu

akzeptieren, dann gilt das sicher auch für die Befürworter.

Wie kommt Jehle dazu, in seiner Pressemitteilung im Namen der SPD Bodenseekreis zu sprechen. Auf einer Vorstandssitzung der SPD Bodenseekreis am 20.09.2010 waren von 19 Anwesenden (Kreisvorstandsmitglieder, Ortsvereinsvorsitzende, Parteimitglieder) 13 für Stuttgart 21 und sechs dagegen. Diese 19 repräsentieren weder die ganze SPD Bodenseekreis, noch sind sie von ihren Ortsvereinen beauftragt worden pro oder contra zu Stuttgart 21 zu sprechen.

Sein Angriff auf die Grünen am Bodensee ist bedenklich. Glaubt er wirklich, so die Grünen als Koalitionspartner zu gewinnen? Strebt er ein Ergebnis an, das uns auf Platz 3 sieht, ohne den Landtagsabgeordneten Zeller aber mit Ministerpräsident Mappus, der einer schwarz-roten Regierung vorsteht, weil die CDU mehr für sich aus einer Partei mit 21%, der SPD, als einer mit 27 %, die Grünen (Umfrageergebnis vom Anfang September) herausschlagen kann?

Bei der Auseinandersetzung um Stuttgart 21 geht es darum, dass, nochmals Eppler „hier sich Rechtsstaats- und das Demokratieprinzip (beißen). Das ist ein ganz gefährlicher Vorgang. Es stimmt, dass die Befürworter alle rechtsstaatlich vorgesehenen Entscheidungen hinter sich haben. Es stimmt aber genauso, dass zwei Drittel der Stuttgarter gegen das Projekt “, und im Ländle 51 % dagegen und nur 26 % dafür sind.

28.09.2010 **Dietram Hoffmann**

Schlechteste Landstraße gesucht

Zeller:

Bürger sollen aufmerksam machen

Der Landtagsabgeordnete Norbert Zeller und die SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg sowie der Auto Club Europa (ACE) suchen gemeinsam mit einer unabhängigen Jury die schlechteste Landesstraße Baden-Württembergs. „Da dürfte es auch im Bodenseekreis kein langes Suchen geben“, meint Zeller und fordert die Bürger auf, sich an der Aktion zu beteiligen. Vor zwei Jahren hatte Zeller an die Landesregierung appelliert, weil 33 Prozent der Landesstraßen im Bodenseekreis in einem miserablen Zustand waren. Seitdem habe sich nichts gebessert.

Das Ziel des Wettbewerbs ist schnell erklärt. Auf Druck der SPD-Landtagsfraktion musste die Landesregierung wiederholt eingestehen, dass ein Großteil der Landesstraßen als überaus sanierungsbedürftig eingestuft werden muss. Bei 25 Prozent gilt der Zustand zwar als „sehr gut“, bei 31 Prozent als „gut bis mittelmäßig“. Doch 17 Prozent werden als „sehr schlecht“ eingeschätzt, gar 27 Prozent noch als „schlecht“. Damit sind 44 Prozent der Landesstraßen in einem so schlechten Zustand, dass sie dringend von Grund auf saniert werden müssten. Zeller: „Es ist eine Bankrotterklärung für ein Verkehrsministerium, wenn es nicht für den Erhalt der eigenen Straßen sorgen kann“. Das jahrelange Flicken, das notdürftige Ausbessern von Schlaglöchern, Rissen und Absenkungen führe zu dauerhaften Schäden und sei letztlich teurer als eine grundlegende Erneuerung. „Diese absurde Politik hat dazu geführt, dass viele Bürger heute über Rumpelpisten durchs Land holpern“, sagt Norbert Zeller.

Mit ihrem gemeinsamen Wettbewerb „Holterdipolter“ wollen SPD-Landtagsfraktion und ACE auf diese Verhältnisse aufmerksam machen und für Verbesserungen eintreten. Ziel der Aktion ist, die schlechteste Landesstraße Baden-Württembergs aus möglichst vielen Einsendungen zu finden und zu benennen. In Nebenkategorien soll zudem erstens der am längsten versprochene, aber nicht realisierte Neubau, zweitens die am längsten ausstehende Sanierung einer Landesstraße in Baden-Württemberg und drittens der Kreis mit den im Durchschnitt schlechtesten Landesstraßen gekürt werden.

Norbert Zeller ruft die Bürger im Bodenseekreis daher auf, bis zum Einsendeschluss am 24. Oktober über Online-Fragebögen oder über Facebook Vorschläge an die Jury zu liefern.

„Damit haben wir endlich die Möglichkeit die Landespolitik auf unsere schlechten Straßen hier im Kreis aufmerksam zu machen“, so Zeller.

Am 18. und 19 November wird es eine Tour der Jury zu den zehn schlechtesten Landesstraßen mit Vor-Ort-Besichtigungen gebe. „Beim Zustand der Straßen hier im Kreis bin ich mir sicher, dass wir mit einer Straße in die Endauswahl kommen“, so Zeller.
Am 30. November verkünden Nils Schmid, Fraktionsvizechef und designierter Spitzenkandidat, sowie Wolfgang Rose, Vorsitzender des ACE, gemeinsam mit der Jury auf einer Pressekonferenz in Stuttgart den „Sieger“, also die Landesstraße mit dem größten Sanierungsbedarf in Baden-Württemberg.
- Die Teilnahme am Wettbewerb ist jeweils unter dem Stichwort „Holterdipolter“ möglich über die Homepage der SPD-Landtagsfraktion: http://fraktion.bawue.spd.de/,
- die Homepage des ACE: http://www.ace-online.de/
- Homepage von Norbert Zeller www.norbertzeller.de
- über die Facebook-Seite der SPD Landtagsfraktion: http://www.facebook.com/pages/Stuttgart-21/108224185876018?v=stream#!/spdlandtagbw?ref=ts

29.09.2010 **Büro Norbert Zeller, MdL**

Besuch bei Polizeidirektion:

Zeller lobt Polizeiarbeit im Bodenseekreis

Stuttgart 21 war eines der Themen bei einem intensiven Gespräch des SPD-Landtagsabgeordneten Norbert Zeller mit dem Leiter der Polizeidirektion Friedrichshafen, Karl-Heinz Wolfsturm, und seinem Team. 30 Beamte aus dem Bodenseekreis sind inzwischen in Stuttgart im Einsatz, erfuhr Zeller. Seine Befürchtung ist, dass damit wichtige Aufgaben, bei der ohnehin knappen Personalausstattung der Polizei im Bodenseekreis, im präventiven Bereich sowie in der Präsenz vor Ort nur noch eingeschränkt erfüllt werden können. Dem widersprachen die Polizeivertreter nicht, so Zeller. In einem Schreiben an den Innenminister dringt Zeller auf ein Konzept zum Abbau von Mehrarbeit und Ausgleichszahlungen sowie zusätzliche Beamte für die Polizei am Bodensee einzusetzen.

Besonders betroffen von der Schilderung zweier junger Streifenbeamtinnen und einem Dienstgruppenleiter zeigte sich der SPD- Parlamentarier. Die häufig angetrunkenen Störer würden mit üblen Beleidigungen, bis hin zum Anspucken und körperlicher Gewalt eine völlig inakzeptable Respektlosigkeit gegenüber den Polizisten zeigen. Polizeidirektor Wolfsturm erläuterte dem Abgeordneter Norbert Zeller, dass in solchen Fällen, auch bei körperlicher Gewalt, das Strafrecht weniger Konsequenzen vorsähe als beispielsweise bei Diebstählen. „Wenn einem Polizeibeamten gezielt ein Schuh ins Gesicht geschlagen wird, ist dies eindeutig eine Körperverletzung“, so der Streifenbeamte unter Zustimmung von Zeller. Insbesondere wurde diskutiert, dass die Strafandrohung bei Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte grundsätzlich zwei Jahre betrage, dagegen bereits beim einfachen Diebstahl eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahre nach dem Strafgesetzbuch vorgesehen sei. Für Zeller ist eine solche Gesetzeslage nicht nachvollziehbar. Mit den Fachpolitikern seiner Fraktion will er deshalb über die notwendigen politischen Konsequenzen beraten.
Insgesamt erfreulich ist der Rückgang der Straftaten von 2,3 % im Bodenseekreis, bei der gleichzeitigen Steigerung der Aufklärungsquote auf 65,5 %. Polizeidirektor Wolfsturm lobte die hohe Professionalität und Motivation seiner Polizei. Allerdings könne ein solches Ergebnis nur gehalten werden, wenn auch das „notwenige Personal vor Ort“ vorhanden sei. Die in den nächsten Jahren anstehenden Pensionierungen bereiten dem PD-Leiter gewisse Kopfschmerzen. Zeller sagte zu, das er bei der Personalausstattung weiterhin auf eine spürbare Verbesserung drängen werde, „denn wenn die Polizei vor Ort nicht mehr sichtbar ist, entsteht das Gefühl des Unwohlseins“, wie Revierleiter Renz aus jahrelanger Erfahrung weiß. Während einfache Diebstähle, Sachbeschädigungen oder Straßenkriminalität zurückgingen, stiegen schwere Diebstähle, Urkundenfälschungen und vor allem die Internetkriminalität.

Besonders erfreulich registrierte Zeller den Rückgang der Tatverdächtigen bei Kindern (-13,7 %) und Jugendlichen (- 6,1%) . Hier zeige offensichtlich die zielgerichtet vernetzten Gewaltpräventionsmaßnahmen der Polizei und zahlreicher Kommunen sowie der Schulen eine positive Wirkung. Auch die konsequente Anwendung des Jugendschutzes durch polizeiliche Kontrollen, vor allem des Jugendschutzteams des Polizeireviers Friedrichshafen, sowie beispielsweise das Festlegen universeller Hausverbote für Störer (Aktion stressfreies Nightlife -FN ABER SICHER) zeige Wirkung. Wer ein Hausverbot in einer Disco wegen Störung erhalte, werde auch von anderen Diskotheken und Gaststätten mit einem Verbot belegt. An dieser freiwilligen Regelung werden sich in Kürze noch weitere Gastronomiebetriebe beteiligen. „Das tut weh“, ist sich Polizeidirektor Wolfsturm sicher. In diesem Zusammenhang verteidigte dieser auch das Alkoholverbot an Tankstellen ab 22 Uhr. Trotzdem gebe es eine problematische Entwicklung insbesondere bei Jugendlichen: Der exzessive Alkoholkonsum, gerade von Branntwein, nehme in erschreckendem Maße zu und Mädchen würden leider dabei „aufholen“. Mit 3.1 Promille sei ein 14jähriges Mädchen aufgefunden worden. Im Projekt HALT, das seit Oktober 2009 laufe, nehmen Kinder und Jugendliche, die stark alkoholisiert angeroffen wurden, an Gesprächen mit Suchtberatern teil. Neben der gesundheitlichen und sozialen Problematik führt Alkohol auch zu einer staken Enthemmung. 50% der Straftaten würden unter Alkoholeinfluss erfolgen.

Nach Darstellung der Arbeit der SOKO Taxi, die auf Grund des Mordes an einer Taxifahrerin im Juni eingerichtet worden war, dankte Norbert Zeller der Polizei für die enorme Arbeit. „Sie sind bis an Ihre Leistungsgrenzen gegangen, dafür gebührt Ihnen in hohem Maße Dank und Anerkennung“.

04.10.2010 **Büro Norbert Zeller, MdL**

Meinungsbeitrag zum Rücktritt von Wolfgang Drexler

Liebe Genossen,

ich bin ein Befürworter von S21, begrüße aber ausdrücklich den Rücktritt des Genossen Drexler von Sprecherposten bei S21 auch wenn dieser Schritt viel zu spät kommt. Es war in meinen Augen immer ein Fehler als

Mitglied der Oppositionsfraktion diesen Posten einzunehmen.

Den "Regierungssprecher" stellt nur dann die Opposition, wenn es Probleme zu verkünden gibt. Die SPD im Land hatte sich mit dieser Besetzung ihre Freiheiten und Chancen einer kritischen Begleitung des Projektes selbst beschnitten, obwohl sie gar nicht an den Schalthebeln des Projektes sitzt. Diese politisch unkluge Entscheidung wurde jetzt zum Glück revidiert. Der Schaden bleibt. Gruß

18.09.2010 **Bernd Caesar**

Ortsverein Überlingen

Meinungsaustausch zu Stuttgart 21

Da Stuttgart 21 auch hier am Bodensee im kommenden Wahlkampf wohl auch auf das Bodenseegebiet Ausstrahlen wird, hatte Dietram Hoffmann zum 22. 09. in das „Le Foyer“ des Überlinger Kursaals zum Meinungsaustausch geladen. Gut die Hälfte aller Besucher kamen von auswärts, sogar ein Parkschützer“ aus Stuttgart gab sich die Ehre.

v. li. Klaus Pimiskern, Reinhard Ebersbach, Dietram Hoffmann
Foto: Dagmar Miedzianowski

Alt-OB Reinhard Ebersbach moderierte die Veranstaltung in gewohnt souveräner Manier. Für die Befürworter von S 21 sprach der Ortsvereinsvorsitzende von Meersburg, Klaus Pimiskern. Die Rolle der Bedenkenträger übernahm Dietram Hoffmann, Vorsitzender der SPD Überlingen. Die Redezeit war auf etwa eine Viertelstunde beschränkt. Daraufhin konnten Verständnisfragen gestellt werden, die dann überleiteten auf die Statements und Diskussion.

Klaus Pimiskern stellte die Varianten Kopf- und Durchgangsbahnhof einander gegenüber und favorisierte den Durchgangsbahnhof als die zeitgemäßere Lösung. „Kopfbahnhöfe erfordern präzise Logistik, Störungen wirken sich stark aus. Sie sind technisch überholt. Ziele des Projekts seien die Aufwertung de Schienenverkehrs gegenüber Straße und Luftverkehr. Weiter rechnet er mit Fahrzeitverkürzungen, weniger Lärm und komfortableren Bahnhöfen.

Der derzeitige, fast 100 Jahre alte Bahnhof sei logistisch schwierig zu gestalten und führe zu Verspätungen, wogegen der neue (geplante) Bahnhof höhere Leistung erbringe mit kürzeren Fahrzeiten durch bessere Einbindung in Fern- und Regionalverkehr. Lärmvermeidung und mehr Komfort schlagen hier zu Buche. Die technischen Schwierigkeiten: Karsthöhlen, Mergel mit Anhydrit,Grund- und Thermalwasser sah er als lösbar an und führte vergleichbare erfolgreiche Projekte an. Während der Bauzeit wird der Zugverkehr nicht beeinträchtigt.

Bei einer Gegenüberstellung der Varianten K 21 und S 21 sah er Kosten- und technische Vorteile eindeutig für S 21. Die Fahrzeitverkürzungen sprächen ebenfalls für S 21.

Sollte S 21 durch eine Volksabstimmung gekippt werden, bleibe alles wie es sei zum Nachteil der Bahnkunden und für die nächste Generation in Stuttgart.

Eine Volksabstimmung hält er für den faschen Weg, da das Projekt zu komplex für Nichfachleute sei.

Dietram Hoffmann zeigte in einem historischen Abriss der etwa 17jährigen Geschichte des Projekts die Entwicklung bis heute auf: die Verlegung des gesamten Bahnverkehrs vom 19gleisigen Kopfbahnhof, in einen 8-gleisigen Durchgangsbahnhof.

Hier begannen für ihn die Einwände: Zweifel an der Rationalität der stadtplanerischen Komponente statt der ursprünglichen Zielsetzung, der Piorisierung der Magistrale Paris-Bratislava. Den Kopfbahnhof mit 17 oberirdischen und 2 unterirdischen Gleisen sieht er als leistungsfähiger an als den 8-gleisigen Durchgangsbahnhof. Anders als Pimiskern sieht er die geologischen Schwierigkeiten als eine Gefahr für die Wirtschaftlichkeit des Projekts durch Kostensteigerungen in noch unbekannter Dimension. Dies gilt auch für die Neubaustrecke Wendlingen Ulm.

Wer profitiert von Stuttgart 21? Der größte Profiteur sei die Bahn. Sie konnte das Gleisfeld für ungefähr 500 Mio. € an Stuttgart verkaufen. Ohne S 21 müsste sie das Gleisfeld für rund 1,8 Mrd. sanieren.

Schaden werde Stuttgart 21 denen, die die 282 zu fällenden Bäume vermissen werden. Heute bangten schon Stuttgarter um den Erhalt der Mineralquellen, mit ihnen natürlich alle Stuttgarter, die keinen zehn Jahre lange Bauzeit erleben wollen, für ein Projekt, das sie nicht ablehnen.

Richtig schade Stuttgart 21 der baden-württembergischen Provinz, z. B. uns. Die Verkehrsministerin Göller hat eine Anfrage unseres MdLs Norbert Zeller nach der Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn wegen Geldmangels abschlägig beschieden, obwohl sie die Forderung nach der Elektrifizierung als richtig akzeptiert. Weiter werde uns schaden, dass die Gäubahn auch wegen mangelnden Geldes nicht ausgebaut werden kann.

Hoffmann wies auf ein Gutachten mit kritischen Anmerkungen des Schweizer Büros SMA hin, das zwei Jahre lang der Öffentlichkeit vorenthalten wurde. Als dann die darin vorgetragenen Bedenken bekannt wurden, wurde erklärt, dass das Gutachten auf alten, heute nicht mehr gültigen Daten beruhe. Der Verfasser eines ablehnenden vom Umweltbundesamt beauftragten Gutachtens soll ein Gegner von Stuttgart 21 sein. Grube über Vieregg und Rössler im Spiegel: „Jetzt kommen die Grünen mit der Berechnung eines Planungsbüros daher, das unter anderem aus einem Diplompsychologen besteht“. Den Anschluss des Stuttgarter Flughafen über den bestehenden S-Bahntunnel an den Hauptbahnhof für Fernzüge (Gäubahn, ICE aus Ulm) hat Minister Ramsauer mit einer Ausnahmegenehmigung gestattet, obwohl das Eisenbahnbundesamt diese Nutzung wegen gravierender Sicherheitsprobleme untersagt hatte.

Fazit Hoffmanns: sofortiger Baustopp und ein Volksentscheid über Stuttgart 21. Sollte sich eine Mehrheit für Stuttgart 21 aussprechen, soll demokratisch eindeutig legitimiert weitergemacht werden, im anderen Fall muss Stuttgart 21 neu definiert und geplant werden.

Besonders wies er auf Erhard Eppler hin, der einen Volksentscheid zur Rückerlangung des inneren Friedens fordert.

In der nachfolgenden Diskussion zeigte das durchaus sachlich argumentierende Publikum auf, dass die Argumente pro und contra S 21 allgemein bekannt sind.

Allgemein wurde die emotionale Verhärtung der Fronten bedauert. Die Erwartungen eines Teils des Publikums bestanden aus dem Wunsch, schneller mit der Bahn durch Stuttgart zu kommen. Hier trafen sich Gegner und Befürworter. Schneller nach Stuttgart zu kommen, wurde nicht erwähnt. Ist die Landeshauptstadt in der Bodenseeregion nicht attraktiv?

Die Frage nach der Volksabstimmung scheint für Gegner wie Befürworter eher eine Frage nach direkter oder repräsentativer Demokratie zu sein. Erhard Epplers „Weg zur Befriedung“ wurden verfassungsrechtliche Bedenken entgegengesetzt.

Zum Schluss konnte Moderator Reinhard Ebersbach zusammenfassend feststellen, dass er eine höchst informative Veranstaltung miterlebt hatte, die wohl in der Sache nichts Neues hervorbrachte. Auf den Heimweg konnte er dem Publikum das Lob mitgeben, sich sachlich und ruhig verhalten zu haben.

Karl-Heinz König

Ortsverein Immenstaad

Liebe SPD'ler im Bodenseekreis,

am Mittwoch, den 20.10.2010 ist Peter Friedrich bei uns zu Gast, um mit uns das Thema 'Volksabstimmungen gegen Politikverdrossenheit?' zu diskutieren. Im Vorfeld möchte ich schon darauf hinweisen, dass ich als Einleitung die Argumente gegen Bürgerentscheide hervorheben werde - ich hoffe, es wird ein munterer Abend.

Ihr seid herzlich eingeladen, zu uns nach Immenstaad in die 'Wohnanlage für Jung und Alt', Schulstr. 24 zu kommen am 20.10. ab 19.30h - die Einladung findet ihr ab morgen auf unserer Website
www.spd-immenstaad.de.
mit freundlichen Grüßen
26.09.2010 **Irene Demuth**

Termine im Bodenseekreis

OV Bermatingen:

Mitgliederversammlung

Mittwoch, 10.11.2010, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.
Ort: Weinstube Stecher
mit Ortsbaumeister Hr. Gaiser

OV Immenstaad:

Mittwoch, 20.10.2010, 19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Volksabstimmungen gegen Politikverdrossenheit?,
Ort: Wohnanlage für Jung und Alt, Immenstaad

OV Markdorf:

Vorstandssitzung

Donnerstag, 14.10.2010, 20:00 Uhr - 22:00 Uhr

Fortsetzung Seite 26

SBI
SPD • SPÖ • SPS

SP Sozialdemokratische Partei Kanton St. Gallen

Die Angestellten sind die VerliererInnen

Die bürgerliche Mehrheit hat das Personalgesetz für die kantonalen Angestellten verschlechtert. Neu werden die Mitwirkungsrechte des Personals eingeschränkt. Auch ein Mindestlohn wurde leider nicht festgelegt.
Zur Mitfinanzierung der zusätzlichen Kosten im Pflegebereich, schlägt die SP mittels einer Standesinitiative die Schaffung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer vor. Weiter begrüsst die SP die klare Ablehnung der Verfassungsinitiative „Freie Schulwahl auf der Oberstufe“.

St.Gallen – Die Septembersession verlief aus Sicht der SP-Fraktion wenig zufriedenstellend. Die Beratung über das Gesetz über die Pflegefinanzierung hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Die SP hat sich bei der ambulanten Betreuung erfolgreich für einen Selbstbehalt von 10 Prozent eingesetzt, doch nimmt sie auch zur Kenntnis, dass der Kantonsrat dem Vorschlag der vorberatenden Kommission, den Gemeinden lediglich ein Fünftel der verbleibenden Pflegekosten zu übertragen, eine Mehrheit gefunden hat. Die SP unterstützte den mit den Gemeinden ausgehandelten Verteilschlüssel von zwei Drittel Kanton, ein Drittel Gemeinden.

Schaffung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer

Mit der neuen Pflegefinanzierung sind die Kantone und Gemeinden mit Zusatzausgaben von 32 Millionen konfrontiert. Gleichzeitig werden zukünftig wegen der Entlastung bei den Pflegekosten höhere Erbschaften oder Schenkungen anfallen. Da alle Kantone mit den Mehrkosten belastet sind, ist es sinnvoll, die Thematik der Erbschafts- und Schenkungssteuern für direkte Nachkommen auf nationaler Ebene zu diskutieren und eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuern für direkte Nachkommen einzuführen. Dabei ist eine massgebliche Abgeltung an die Kantone vorzusehen. Die SP reichte diesbezüglich eine Motion ein.

Personal vor den Kopf gestossen

Bei der Beratung des Personalgesetzes setzten sich die destruktiven Kräfte durch. Die ausgewogene Vorlage der Regierung wurde durch den Kantonsrat verschlechtert. „Es ist unverständlich, dass die Bürgerlichen den kantonalen Angestellten ohne Grund die wichtige Mitwirkung entzogen haben“, meint SP-Kantonsrat Peter Hartmann. Damit wird eine wichtige Grundregel der Sozialpartnerschaft mit Füssen getreten.
Echte Mitwirkung ist für die SP ein Zeichen der Fairness und muss heute Bestandteil eines guten Personalgesetzes sein. Doch eine Mehrheit des Kantonsrates scheint den Angestellten des Kantons grundsätzlich zu misstrauen und sieht nicht ein, dass die Meinung der Mitarbeitenden in wichtigen Fragen miteinbezogen werden soll.
Dass die Festschreibung eines Mindestlohnes von 45'500 Franken ebenfalls gestrichen wurde, ist ein weiteres fatales und falsches Zeichen gegenüber den Arbeitnehmenden. Der Kanton müsste sich klar zu existenzsichernden Löhnen bekennen.

Bewährtes Modell für die Psychiatrischen Dienste

Die SP begrüsst es, dass die Psychiatrischen Kliniken ab 2012 in selbständig öffentlich-rechtlichen Anstalten organisiert werden und die Wahl des Verwal-

tungsrates für beide Psychiatrieverbunde weiterhin durch die Regierung vorgenommen wird. Da sich der Verwaltungsrates selber konstituiert, ist es weiterhin möglich ist, dass die Vorsteherin oder der Vorsteher des zuständigen Departements den Vorsitz hat. Eine anderweitige Lösung, wäre aus Sicht der SP nicht zielgerichtet. Fraktionspräsidentin Barbara Gysi:
„Es ist wichtig, dass der Verwaltungsratsvorsitz sowohl in der Psychiatrie als auch bei den Spitäler durch die die Vorsteherin oder den Vorsteher des zuständigen Departements wahrgenommen wird, weil schliesslich auch beide Bereiche gleichwertig sind."

Handlungsbedarf beim Vollzug des Finanzausgleichs

Nicht zufrieden ist die SP mit der Zwischenbilanz beim Vollzug des Finanzausgleichs. Zwar funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton gut, doch ist die Verminderung der Belastungsunterschiede zwischen den Gemeinden weiterhin nicht erfüllt. Auch fehlt ein Sonderlastenausgleich Soziales, womit der soziale Zusammenhalt innerhalb des Kantons St.Gallen gefährdet wird. Die SP wird weiter auf die Einführung des Sonderlastenausgleichs Soziales drängen.

Erfreuliche Wahl von Bendikt Landolt

Die SP gratuliert Rechtsanwalt Benedikt Landolt aus St.Gallen zur Wahl als Ersatzmitglied des Kantonsgerichts.

St.Gallen, 22. September 2010 **SP St. Gallen**

Weitere Auskünfte

o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Kommentar zum Abstimmungssonntag

Überwältigendes Nein zur unsinnigen Erweiterung der Ladenöffnungszeiten

Die SP freut sich zusammen mit den Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen über die überaus klare Ablehnung des Nachtrags zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung. Längere Ladenöffnungszeiten entsprechen im Kanton St. Gallen keinem Bedürfnis. Die SP freut sich auch über das deutliche Ja zur „S-Bahn St.Gallen 2013".

Im Kanton St.Gallen ist nach 1996 und 2003 heute auch die dritte Revision des Ladenschlussgesetzes an der Urne gescheitert – eine Riesenschlappe für die bürgerlichen Parteien und den Gewerbeverband. Diese unsinnige Erweiterung der Ladenöffnungszeiten ist nicht nötig und entspricht keinem Bedürfnis der KonsumentInnen. Das Volk sagt Nein zu schrankenlosem Einkaufen auf Kosten der Arbeitnehmenden. Längere Ladenöffnungszeiten hätten sich gravierend auf das soziale Leben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgewirkt. Für SP-Kantonsrätin und Gewerkschafterin Barbara Gysi ist klar: *„Die bürgerliche Salamitaktik ist gescheitert. Die Verkäuferinnen sind heute die Gewinnerinnen."*

Erfreuliches Ja zur S-Bahn

Die SP St.Gallen freut sich ebenfalls über das klare Ja zur Vorlage „S-Bahn St.Gallen 2013". Sie bringt allen Regionen des Kantons halbstündliche gute Verbindungen mit Bahn und Bus. Jetzt müssen die bestehenden Mängel angegangen werden. Sechs Bahnhöfe werden in Zukunft nicht mehr bedient und weitere kleine Bahnhöfe erfahren eine Verschlechterung. Die SP bleibt dran.

Ja zum AVIG-Abbau...

Die St.Galler SP hat sich für ein Nein zu Revision der Arbeitslosenversicherung (AVIG) eingesetzt und ist über das Abstimmungsresultat dementsprechend enttäuscht. Mit der knappen Annahme der missglücken Vorlage werden wohl bald tausende Personen ausgesteuert, was Mehrkosten für die St.Galler Gemeinden bedeutet. Besonders betroffen sind junge Menschen ohne Arbeit. Sie müssen eine Kürzung der Anzahl Taggelder hinnehmen. Hingegen werden Abzocker und Grossverdiener geschont. Sie müssen auch weiterhin nicht auf dem ganzen Lohn Beiträge an die Arbeitslosenversicherung abgeben.

St.Gallen, 26. September 2010

Weitere Auskünfte

o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Verzichtsplanung:

Übungsabbruch!

Der Voranschlag 2011 wird gegenüber den Planwerten des Aufgaben- und Finanzplans 2011-2013 um 150 Millionen Franken besser abschneiden. Die SP fordert den sofortigen Übungsabbruch der unnötigen Verzichtsplanung.

Das übervorsichtige Budgetieren hat im Kanton St. Gallen System. Bereits die Rechnung 2009 des Kantons schloss um 85 Millionen Franken besser als budgetiert. Heute kündigte die Regierung an, dass auch bei der Rechnung 2010 mit Verbesserungen von 25 Millionen Franken gerechnet wird. Es ist auffällig, dass die defensiven Budgets des Kantons in schöner Regelmässigkeit zu erheblichen Rechnungsverbesserungen führen, denn auch für den Voranschlag 2011 rechnet die Regierung mit einer Verbesserung von 150 Millionen Franken gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan.

Aufgaben- und Finanzplan ist Makulatur

Die Planwerte im Aufgaben- und Finanzplan, die als Grundlage für die Verzichtsplanung dienen sollen, sind nur noch Makulatur. Die SP fordert aufgrund der neuen Ausgangslage einen sofortigen Stopp bei der Verzichtsplanung. Die absehbaren positiven Rechnungsabschlüsse können ein Sparvolumen von 180 Millionen Franken unter keinen Umständen mehr rechtfertigen. Die SP fordert von der Regierung ein Umdenken und die Abkehr vom sturen Festhalten am geplanten Abbaupaket.

St.Gallen, 27. September 2010

o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Zeit ist reif für eine eidgenössische Gesundheitskasse

Die SP St.Gallen ist beunruhigt über die erneute massive Prämiensteigerung bei den Krankenkassen für das nächste Jahr. Da der Kanton St.Gallen überdurchschnittlich von der Erhöhung betroffen ist, fordert die SP, dass der Kanton das Maximum an individueller Prämienverbilligungen ausschüttet.

Die Krankenkassenprämien steigen im Kanton St.Gallen um durchschnittlich 6.7 Prozent. Ganz besonders werden auch junge Versicherte zur Kasse gebeten. Für die SP ist klar, dass der Kanton nun seine Hausaufgaben machen und das Volumen der Prämienverbilligungen erhöhen muss, um im schweizweiten Vergleich nicht noch mehr ins Hintertreffen zu geraten. Doch genau das Gegenteil passiert, das Budget 2011 soll auch mit Einsparungen bei den Prämienverbilligungen geschönt werden: „Die Regierung plant beim Voranschlag 2011 einen Minderaufwand bei den individuellen Prämienverbilligungen von 4 Mio. Franken. Das darf nicht sein! Bei der Prämienverbilligung darf nicht gespart werden, sie muss an die Bevölkerung ausbezahlt werden“, fordert Barbara Gysi, SP-Fraktionspräsidentin.

Aufgrund der massiven Kostensteigerung bei den Krankenkassenprämien ist es für die SP umso wichtiger, dass die Idee einer eidgenössischen Gesundheitskasse mit regionalen Prämien weiter vorangetrieben wird. Eine Einheitskasse wäre ökonomisch sinnvoll, weil sie Verwaltungskosten sparen und auf kostentreibende Marketing-Aktivitäten verzichten kann.

St.Gallen, 27. September 2010

o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

3. Kantonale Behindertenkonferenz

Selbstbestimmung in der Tat

Am 30. Oktober 2010 findet die 3. Kantonale Behindertenkonferenz statt. „Menschen mit Behinderung. Wir für uns“, heisst's im Titel. Selbstbestimmung wird dabei gelebt. Die Betroffenen führen den Anlass weitestgehend selbst durch.

MICHAEL WALTHER*

Die erste Behindertenkonferenz fand 2003 in Wil anlässlich des 200-Jahr-Jubiläums des Kantons St.Gallen statt und fand viel Beachtung. Erstmals drückten Hunderte von Menschen mit Handicap ihre Situation und Bedürfnisse aus.

Doch die Organisation wies noch Schwächen auf. Nicht alle Gruppierungen waren im gleichen Mass vertreten. Insbesondere Menschen mit psychischen Behinderungen blieben aussen vor. Mit der zweiten Behindertenkonferenz 2007 in Rorschach wurde das korrigiert. Trotz starker Mitwirkung der Betroffenen lag auch damals noch viel Verantwortung für die Organisation bei den Behindertenverbänden.

Selber bestimmen heisst selber machen

Das wird jetzt beim dritten Anlauf am 30. Oktober 2010 in der Kaufmännischen Berufsschule (Fachhochschule Wirtschaft) in St.Gallen anders. Wiederum stehen Debatten und Workshops zu wichtigen Themen an: Barrieren, die besondere Situation psychisch Behinderter, die unterschiedliche Befindlichkeit der verschiedenen Behindertengruppierungen, eigenständiges Wohnen und Behinderung und Familie.

Dies Mal aber moderieren die Betroffenen den Anlass weitgehend selbst. Nur gerade fürs Begrüssungsreferat beehrt Regierungsrätin Kathrin Hilber den Anlass. Die organisierenden Verbände und Institutionen – Pro Infirmis, Förderraum, OBV, HPV Rorschach, Procap, Pro Mente Sana, OVWB und viele weitere – wirken nur noch im Hintergrund. Die Workshops werden ausschliesslich von Betroffenen geleitet.

Florian Eugster ist der Hauptmoderator und wird durch den ganzen Anlass führen. Er ist 33-jährig, lebt in Rorschach und arbeitet im Textilatelier des HPV. „Selbstbestimmung“, sagt er, „heisst, dass nicht Betreuer sagen, was für Betroffene richtig ist, sondern dass man sich an Anlässen wie der Behindertenkonferenz auch selber vertritt.“

Betroffene blieben immer dran

Dafür sind die Workshopleiterinnen und -leiter, die allesamt ein Handicap haben und zum grossen Teil in Behinderteninstitutionen wohnen und arbeiten, auch kompetent. Sie haben nach Abschluss der letzten Behindertenkonferenz die Hände nicht einfach in den Schoss gelegt. Ihre Arbeitsgruppen, die sich teils schon bei der ersten Behindertenkonferenz bildeten, haben sich seitdem immer wieder getroffen, geplant und diskutiert.

Beispiel dafür sind etwa die Mitwirkenden mit einem psychischen Handicap, die eine Theaterproduktion entwickelten. „Dachschadendecker“ nennen sie sich. Die Aufführung bildet am 30. Oktober auch Teil des Programms.

Für Moderationsaufgabe geschult

Zudem fand im Januar 2010 ein „Gipfeltreffen“ mit Vertretern etwa des Amts für Soziales statt. Die Betroffenen trugen ihre Anliegen den Fachleuten vor. Ein weiterer Beleg für die fortlaufende Arbeit auch zwischen den Konferenzen.

„Dadurch, dass wir immer dranblieben, sind wir kompetent“, ist Florian Eugster daher überzeugt. Bei den Kantonsvertretern jedenfalls hätten ihre Aussagen Beachtung erfahren. Ihre Fähigkeit soll nun noch vergrössert werden. An einem Seminar am 23. September 2010, das die Organisation Förderraum durchführt, die das Hotel DOM betreibt, werden die Moderatoren für ihre Aufgaben an der Konferenz vom Oktober zusätzlich geschult.

Interessen in der Öffentlichkeit selber vertreten

Selbstbestimmung soll an der dritten Konferenz also keine Worthülse sein. Das Thema zieht sich als roter Faden durch. Den Einstieg liefern die Berichte zweier Mitwirkender des Projekts „Politische Selbstvertretung für Menschen mit Handicap“. Die 18-monatige Fachausbildung wird von Agile Behinderten-Selbsthilfe Schweiz sowie der Fachhochschule Nordwestschweiz durchgeführt.

Gelernt wird dabei nicht nur, wie etwa das politische System der Schweiz oder die Medien funktionieren. Die Studierenden setzen ihr Wissen mit einem konkreten, öffentlichkeitswirksamen Projekt um.

Programm steht

Die dritte Konferenz verspricht ein dichter Anlass mit wichtigen Anregungen zu werden. Das Detailprogramm ist fertig gedruckt. Bestellen Sie es – und melden Sie sich an.

3. Kantonale Behindertenkonferenz „Menschen mit Behinderung. Wir für uns“, Samstag, 30. Oktober 2010, 9.30 bis 17.15 Uhr, Kaufmänische Berufsschule KBZ, Kreuzbleicheweg 4, 9000 St.Gallen, Infos und Anmeldung: Behindertenkonferenz St.Gallen, c/o Förderraum, Poststrasse 15, 9000 St.Gallen, Tel. 071 227 14 50,
servicebuero@foerderraum.ch,
www.sehberatung.obv.ch

Regierungsrätin Kathrin Hilber 2. v. li.) – hier an der zweiten Behindertenkonferenz 2007 – wird die Teilnehmenden auch diesmal begrüssen. Den Rest des Programms bestreiten die Betroffenen selbst.
Foto: procap

** Michael Walther, Journalist BR, Autor, Flawil SG, m-walther@bluewin.ch, ist Redaktor der Mitgliederzeitschrift „Treffpunkt“ von Procap St.Gallen-Appenzell und arbeitet verschiedentlich für Behindertenorganisationen in der Region. Er betreut die Medienarbeit für die 3. Kantonale Behindertenkonferenz.*

i. A. Michael Walther (Medienkontakte)
servicebuero@foerderraum.ch

vorarlberg SPÖ

Frauensituationsbericht:

Es gibt noch viel zu tun

SPÖ möchte ein Umdenken beim Rollenbild

Der aktuelle Frauensituationsbericht hat einmal mehr bestätigt, dass es nach wie vor einen großen Aufholbedarf in Vorarlberg gibt. Ein Vergleich der Vollzeiterwerbstätigkeit von Männern und Frauen bringt durchschnittliche Einkommensunterschiede von bis zu 33 Prozent (!) zutage.

Obwohl immer mehr junge Frauen sehr gut ausgebildet sind (58 Prozent Maturantinnen und 54 Prozent Uniabsolventinnen), schaffen es noch immer vergleichsweise wenige, sich im Beruf voll zu etablieren und den Männern gleichgestellt zu werden. Nach wie

vor gibt es beispielsweise zu wenige Frauen in leitenden Positionen. In den letzten acht Jahren ist deren Anteil beispielsweise in der Verwaltung im Land Vorarlberg von nur einem Prozent auf zwei Prozent angestiegen. „Als positive Beispiele können hier etwa Volksanwältin Gabriele Strele, Landtagspräsidentin Bernadette Mennel oder Landesrätin Andrea Kaufmann genannt werden, die alle erst seit 2009 im Amt sind“, so SPÖ-Frauenvorsitzende Olga Pircher.

Über 40 Prozent der Frauen in Vorarlberg arbeitet Teilzeit, womit Vorarlberg das Negativbeispiel in Österreich ist. Vor allem nach einem beruflichen Wiedereinstieg müssen zahlreiche Frauen finanzielle Einbußen (auch bei der Pension) hinnehmen und verlieren zudem oftmals die Möglichkeit, höhere Positionen zu erreichen.
Frauen müssen sich aufgrund von Betreuungspflichten sehr stark anpassen, reklamiert SPÖ-Frauensprecherin Mirjam Jäger-Fischer. Als Grund dafür sieht Jäger-Fischer unter anderem die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen. Denn selbst als Teilzeitbeschäftigte ist es lt. Studie und Expertin Sabine Feigl oftmals kaum möglich selbst bei 20 Wochenstunden die Tätigkeit mit den Öffnungszeiten zu vereinbaren. „Wir fordern flexiblere Öffnungszeiten, die sich an den Arbeitszeiten der Frauen orientieren. Außerdem sollte der Ausbau der Kinderbetreuung während der Ferienzeiten weiter vorangetrieben werden“, so die SPÖ-Frauensprecherin.

„Zur Beseitigung dieser ungerechten Situation braucht es neben einem Umdenken in Bezug auf das gegenwärtige Rollenbild ein besseres Zusammenspiel von Kinderbetreuungseinrichtungen, den Eltern und der Wirtschaft“, fordern beide SPÖ-Sprecherinnen. Denn nur so kann erreicht werden, dass Frauen nicht nur frauentypische Berufe erlernen, mehr Männer in Karenz gehen und die Verteilung von unbezahlter Arbeit und bezahlter Arbeit in der Familie fairer gehandhabt wird. Eine traurige Tatsache zum Schluss: aktuell erhalten Frauen nicht einmal die Hälfte einer durchschnittlichen Pension eines Mannes.
SPÖ-Express, 17.09.2010

www.vorarlberg-bricht-auf.at

Neue Wege der politischen Beteiligung und Kommunikation

Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger haben das Gefühl, nicht wirklich und direkt an der Politik teilnehmen zu können. Nicht selten äußern die Menschen auch bei Wahlen Zweifel daran, dass ihre Stimme überhaupt irgendetwas bewirkt. Das erklärt die stetig sinkende Zahl bei der Wahlbeteiligung.

Aus diesem Grund muss eine Möglichkeit geschaffen werden, dass die Vorarlberger Bevölkerung ihre Sorgen und Wünsche aktiv und direkt in der Landespolitik anbringen kann. Daher stellen im Zuge der Aktion "Vorarlberg bricht auf" alle drei Oppositionsparteien ihre aktuellen Stunden im Landtag zur Verfügung - und lassen das Thema die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger SELBST bestimmen.

Jedes ordentliche Anliegen der Bürgerinnen und Bürger - egal ob Kinderspielplätze, Straßensanierungen oder zusätzliche Bushaltestellen - kann ab sofort eine Woche lang auf der Homepage
www.vorarlberg-bricht-auf.at

eingebracht werden. Der Link führt auf eine Unterseite des jungen Internetmediums "hybreb". Anschließend werden die 10 meist genannten Anliegen auf der Homepage zum Voting ausgeschrieben. Für das Thema, welches als das brennendste ausgewählt wurde, stellen die Parteien ihre aktuellen Stunden im Landtag zur Verfügung und bringen es direkt auf den Tisch der Regierungsverantwortlichen. Das Ganze wird von hybreb live in Bild und Ton öffentlich ins Internet übertragen.

Vorarlberg bricht auf - die Außenaktion

Heute von 12:00 Uhr bis 13:00 Uhr werden sich die Drei Clubobleute der Parteien FPÖ, Grüne und SPÖ (Dieter Egger, Johannes Rauch und Michael Ritsch) am Bregenzer Leutbühel einfinden und persönlich die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger für die aktuelle Stunden im Vorarlberger Landtag entgegennehmen. Auch die Vertreter der Plattform hybreb werden vor Ort sein. Über ein Terminal von hybreb können die Bürger direkt vor Ort ihre Wünsche auf der Seite von www.vorarlberg-bricht-auf.at
SPÖ-Express, 24.09.2010
http://www.vorarlberg-bricht-auf.at/

SPÖ lehnt Minuslohnrunde ab

Streichung der Teuerungsabgeltung war zentrales Thema am Ausschuss-Tag

„Die SPÖ hat das Ansinnen von ÖVP und FPÖ, Minuslohnrunden für Gemeinde- und Landesbedienstete machen zu können, abgelehnt“, so Clubobmann Michael Ritsch zu den zentralen Beratungen in den heutigen Ausschüssen. Vielmehr sollte wenigstens, wie bisher, die Inflation abgegolten werden, damit kein Reallohnverlust entsteht. Es sei jedenfalls, so Michael Ritsch weiter, eine unglaubliche Minderwertschätzung gegenüber den Mitarbeitern in Bauhöfen, Krankenhäusern und Kindergärten im Besonderen bzw. den Landes- und Gemeindebediensteten im Allgemeinen.

Ein weiterer wichtiger Punkt war der Beschluss der Mindestsicherung. „Ein erster, wenn auch zäher Schritt zu einer besseren Armutsbekämpfung ist somit getan“, so Michael Ritsch. Wenngleich das Ansinnen der SPÖ, die Mindestsicherung 14 x auszube-

zahlen leider von der Mehrheitsfraktion abgelehnt wurde.

Im Volksanwaltsausschuss wurde unter dem Vorsitzenden Michael Ritsch der Viermonatsbericht der Landesvolksanwältin behandelt. Die Landesvolksanwältin hat darin aufgezeigt, dass es viele Ungerechtigkeiten auf den Vorarlberger Ämtern gibt.

Ein weiterer Punkt in den Ausschussberatungen war ein Antrag der SPÖ, wonach die Personalkosten von KindergartenpädagogInnen vom Land übernommen werden sollen. Die ÖVP lehnt dies weiterhin ab und verhindert somit einen ersten Schritt zur Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden.

Schlussendlich wird der Landes-Rechnungshof aufgrund der Haltung von FPÖ, BZÖ und Grünen im Nationalrat noch keine Prüfkompetenzen für die Gemeinden bekommen. Michael Ritsch appelliert an diese Parteien, ihre Blockadehaltung aufzugeben.

SPÖ-Express, 30.09.2010

Sensationeller Erfolg für roten Post-Gewerkschafter Franz Mähr

Erdrutsch-Sieg brachte in Vorarlberg ein Plus von 25 Prozent!

SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch gratuliert Franz Mähr und seinem Team zu einem sensationellen Wahlerfolg!

Das Ergebnis der Gewerkschaftswahlen bei der Post hievte die Liste 1–FSG von Franz Mähr um 16 Prozent nach oben! Erstmals in der Geschichte nach 1945 konnte die Liste 1-FSG die Mehrheit der Stimmen erzielen. Gegenüber den Wahlen von 2006 konnten Franz Mähr und sein Team ein Plus von 62 Stimmen verzeichnen und somit insgesamt 452 Stimmen erzielen. Die FCG stürzte demgegenüber von 632 auf 381 Stimmen ab.

In Vorarlberg konnte Franz Mähr dieses beeindruckende Ergebnis sogar noch übertrumpfen: Hier schenkten fast 73 Prozent der Beschäftigten ihr Vertrauen Franz Mähr und Richard Steiner mit ihrem Team. Das sind knapp 25 Prozent mehr als bei der letzten Wahl 2006.

Dieses Ergebnis zeigt deutlich, dass eine beherzte und kompromisslose Interessensvertretung, die auch den Konflikt mit den Post-Chefs nicht scheut, ein großes Vertrauen in der Belegschaft findet. Franz Mähr hat sich in den vergangenen Jahren nachhaltig für die Postbediensteten eingesetzt. Er war bei den Protesten gegen die Postamtsschließungen ebenso an vorderster Front wie bei den Klagen gegen die ungesetzlichen Kettendienstverträge. Die GewerkschafterInnen bei der Post haben dies nun eindrücklich honoriert und die FSG erstmals in der Nachkriegsgeschichte mit einer Mehrheit ausgestattet.

SPÖ-Express, 30.09.2010

Junge Generation kritisiert Abschaffung der Teuerungsabgeltung

Dominik Steinwidder von der Jungen Generation der SPÖ-Vorarlberg kritisiert das Vorhaben der ÖVP, die Teuerungsabgeltung abzuschaffen. „Selbstverständlich redet es sich beim Gehalt eines Landeshauptmannes leicht über eine Nulllohnrunde. Auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sparen, ist zwar denkbar unkreativ, entspricht aber offensichtlich dem bewährten Vorarlberger Weg“, zeigt sich Steinwidder empört.

Am stärksten betroffen seien Berufseinsteiger. „Wir benötigen gutes Pflegepersonal und Krankenschwestern, KindergartenpädagogInnen oder MitarbeiterInnen im Bauhof – also müssen sie auch anständig bezahlt werden“, stellt Steinwidder klar. Für junge Leute gebe es sonst keine Motivation mehr, in diesen Bereichen arbeiten zu wollen.

„Es ist selbstverständlich der einfachste Weg für die Regierung, am Personal zu sparen. Ob das aber das

richtige Signal ist, bezweifle ich“, so Steinwidder. Den Vorarlberger Landesbediensteten die Teuerungsabgeltung zu streichen, entspricht tatsächlich einer Lohnkürzung.

SPÖ-Express, 30.09.2010

SPD Kreis Biberach
MdB
Martin Gerster

Auf der anderen Seite

Polizei aus der Region sucht am Stuttgarter Bahnhof das Gespräch mit den Demonstranten

Am Hauptbahnhof der Landeshauptstadt herrscht an diesem Abend kurz vor 22 Uhr außerordentlich friedliche Stimmung. Der Zaun vor dem Gebäudekomplex ist mit Zetteln und Plakaten behängt, die alle eine Botschaft eint: „Gegen Stuttgart 21“. Hinter der Absperrung, vor dem Bauzaun, stehen Polizisten. Viele davon kommen aus dem Kreis Biberach. Sie kommen aus allen Polizeidienststellen der Region: Biberach, Laupheim, Riedlingen und Ochsenhausen.
Franz Lemli, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Beirats der baden-württembergischen Polizei, spricht mit den Beamten. Um sich mit eigenen Augen ein Bild von der Lage zu machen, ist der Landtagskandidat der Sozialdemokraten für Biberach mit seinen Beirats-Kollegen angereist. Einige unterhalten sich mit den Demonstranten, Spaziergängern und Neugierigen. Daneben haben Stuttgart 21 Gegner zahlreiche Stände aufgebaut, alle sind reich mit Informationsmaterial bestückt. Etwas abseits sind Polizeifahrzeuge abgestellt. Die Beamten kommen gerade von einem kurzen Einsatz im Schlosspark zurück.

von rechts: Martin Zerrinius (PD FDS), Franz Lemli (PD BC) und Torsten Köpschall (PD BB).

Auch in Polizeikreisen wird Stuttgart 21 kontrovers diskutiert. Aus dem SPD-Beirat, dessen Mitglieder aus ganz Baden-Württemberg kommen, kennt Lemli die Einwände der Beamten: Vor allem die hohen Kosten des Projektes und die Befürchtung, dass deshalb andere wichtige Vorhaben auf der Strecke bleiben, bewegen die Gemüter. Viele befürchten auch, dass die seit Jahren kritisierte Personalentwicklung bei der Polizei sich immer negativer auswirkt. Schon jetzt seien die Folgen des Stellenabbaus beim Vollzugsdienst und bei den Angestellten deutliche spürbar. Vor allem, wenn die Polizei vor einer so großen Herausforderung wie beim Stuttgart 21-Einsatz steht. „Inzwischen ist die Grenze der Belastbarkeit bereits überschritten“, so Lemli, der den Polizeiposten Ochsenhausen leitet: „Das ist keine ungefährliche Entwicklung.“

Im nahe gelegenen Schlosspark stehen um viele Bäume brennende Kerzen. An manchen Stämmen hängen Herzen und Plüschtiere. Auf dem Rasen dazwischen sitzen meist junge Menschen – ein romantischer Ort – überschattet von den Protesten gegen das ungeliebte Großprojekt, das die aus dem ganzen Land zusammengezogenen angereisten Ordnungshüter schützen müssen. Bislang sind die Demonstrationen emotional aufgeheizt, aber friedlich. Doch auch Lemli weiß, dass auf Großkundgebungen die Stimmung sehr schnell kippen kann. Deshalb suchen Lemli und seine Kollegen das intensive Gespräch mit den Bürgern.

Die Diskussionen an diesem Abend sind sachlich. Man versucht mit Argumenten zu überzeugen – trotz aller Differenzen. So spricht die Bahn von einer Zeitersparnis auf der Strecke Ulm /Stuttgart von 26 Minuten, eine Aktivistin vor Ort von nur 2 Minuten. Viele Einwände gegen Stuttgart 21 sind altbekannt: Die hohen Kosten, der Abriss von historischen Gebäudeteilen, die Rodung des Schlossparks. Die Stuttgarter scheint die Strecke Stuttgart nach Ulm und die Elektrifizierung der Südbahn weniger zu interessieren. Aber fast alle klagen die schlechte Informationspolitik an. Viele fühlen sich von der Politik hintergangen. „Wir wurden immer wieder hereingelegt. Es wurde nicht mit offenen Karten gespielt“ sagte einer.

Auch als Lemli sich als Befürworter des Projektes zu erkennen gibt, bleibt der Ton gelassen. Auf die Frage, welche Botschaften von Stuttgart er nach Biberach mitnehmen soll, antworten die meisten: „ Die Argumente, die dagegen sprechen, eben.“ Ein anderer Bürger fordert: „Sagen Sie, sie sollen nach Stuttgart kommen, den Bahnhof und die alten Bäume anschauen.“
Lemli sind die vorgebrachten Einwürfe gut vertraut. Er beschäftigt sich bereits seit Längerem mit dem Projekt, das die Landespolitik bereits seit über 15 Jahren verfolgt: „Ich hatte schon beim letzten Landtagswahlkampf darauf hingewiesen, dass man sehr auf die Kosten achten muss und andere wichtige Dinge im Land nicht unter Stuttgart 21 leiden dürfen“.

Den von seiner Partei angestrebten Volksentscheid könne man durchaus kritisch sehen, betont Lemli. Dennoch sieht er den Vorteil, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger intensiv mit der Thematik beschäftigen müssten: „Ich bin überzeugt, dass dem Menschen sehr wohl eigene, örtliche Interessen zurückstellen und eine Abstimmung pro Stuttgart 21 ausgeht“.

Natürlich könne er auch mit einem „Nein“ aus der Bevölkerung leben, betont Lemli und erzählt von einem Gespräch mit einer Bekannten. Auf seinen Hinweis, ein Ausstieg zum jetzigen Zeitpunkt koste den Steuerzahler rund 1,4 Milliarden Euro, habe ihm diese gesagt: „Auf das kommt es jetzt auch nicht mehr an. Unsere Banken setzen ständig Milliardenbeträge in den Sand, für die wir Steuerzahler aufkommen müssen.“

Lemli plant in Sachen Stuttgart 21 weitere Besuche in der Landeshauptstadt: „Ich will die Sache vor Ort im Blick behalten. Als Bürger, als Politiker und wahrscheinlich auch als Polizist.“

20.09.2010 **Wolfgang Heinzel**
Wahlkampfteam Franz Lemli

Martin Gerster vor Ort im Asylbewerberheim

auf dem Foto abgebildet (v. r.): Matthias Ströhle, Arbeitskreis Asyl Martin Gerster, MdB, Rex Osa, anerkannter Flüchtling, Lucia Brass, Arbeitskreis Asyl
zwei weitere Flüchtlinge
Weitere Anwesende:
Arnfried Stoffner, Landratsamt (Leiter des Fachbereichs Eingliederung) Ernst Grassl, Landratsamt (Heimleiter)

Umstellung auf Gutscheinsystem?

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat sich persönlich ein Bild von der Situation im Asylbewerberheim in der Bleicherstraße in Biberach gemacht. Der 39-Jährige sagte den Flüchtlingen und dem Arbeitskreis Asyl um Pfarrer Ströhle zu, sich für Verbesserungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln einzusetzen. „Dass die Menschen dort offenbar vergammelte Lebensmittel erhalten, kann so nicht bleiben“, so Gerster. Gleichzeitig habe er aber den Eindruck, dass das Landratsamt auf einem guten Weg sei, die Missstände zu beseitigen. Arnfried Stoffner vom Landratsamt, der beim Vor-Ort-Termin dabei war, sagt, man arbeite derzeit verschiedene Alternativen aus, die dann mit dem Kreistag diskutiert werden sollen. Im Gespräch wurde vor Ort eine Umstellung auf ein Gutscheinsystem erörtert, dass den Flüchtlingen ermöglichen soll, besser auf individuelle Bedürfnisse und kulturelle Hintergründe abgestimmt einzukaufen. „Eine solche Lösung wird nach meinen Informationen im Bodenseekreis erfolgreich umgesetzt“, so der SPD-Abgeordnete. Auch wollten Kreistagsmitglieder der SPD eine derartige Umstellung in den Gremien diskutieren, berichtete Gerster vor Ort.

Biberach, den 24. September 2010
Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

SPD Illertal

Erstmals bestimmen Mitglieder den Wangener Landtagskandidaten mit

BIBERACH/KIßLEGG - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster leitet am morgigen Dienstag, 28. September, in Kißlegg die Nominierungsversammlung für den SPD-Kandidaten im Landtagswahlkreis Wangen. Erstmals sind zur direkten Mitbestimmung auch die SPD-Mitglieder aus den Illertalgemeinden Berkheim, Dettingen, Erolzheim, Kirchberg, Kirchdorf, Tannheim und Rot an der Rot aufgerufen. Diese gehören für die Landtagswahl im kommenden Frühjahr zusammen mit Aulendorf neuerdings zum Wahlkreis Wangen. Bisher bewerben sich der SPD-Kreisrat Peter Clement und der SPD-Kreisvorsitzende Otto Ziegler, beide aus Isny. Weitere Bewerbungen und Wahlvorschläge sind vor und während der Versammlung noch möglich. „Unsere Landtagskandidaten sollen entsprechend einem Beschluss des Kreisvorstandes direkt von allen SPD-Mitgliedern im Wahlkreis bei der Nominierungsversammlung gewählt werden“, erläuterte Ziegler. „Wir hoffen dabei auf ein großes Interesse unserer Mitglieder und damit für viel Rückenwind für die gewählten Kandidaten.“ Wahlberechtigt sind alle SPD-Mitglieder, die am Tag der Nominierung das 18. Lebensjahr vollendet und mindestens drei Monate ihren ersten Wohnsitz im Wahlkreis 68 Wangen haben, also auch in den sieben hinzugekommenen Illertalgemeinden. Beginn der Versammlung ist am morgigen Dienstag um 19.30 Uhr im Gasthof „Zum Ochsen“ in Kißlegg, Herrenstraße 21.

Biberach, den 27. September 2010
Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Politische Gespräche in Wien

Gerster trifft österreichischen Sportminister

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster, Sportpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, ist zu einem Meinungsaustausch nach Wien gereist. Mit dem österreichischen Sportminister Norbert Darabos und dem Sportpolitischen Sprecher der Sozialdemokraten im Nationalparlament, Nationalrat Hermann Krist, diskutierte der 39-Jährige aktuelle Fragen der Sportpolitik. Doping-Bekämpfung, Wettskandale im Sport, aber auch die Bewerbung Deutschlands für die Winterspiele 2018 standen ebenso auf der Tagesordnung wie die Unterstützung des Sportes auf Bundesebene. „Es zeigt sich, dass viele Probleme und deren Lösungsansätze ähnlich liegen“, sagte der Biberacher im Haus des Sports in Wien, „und vielfach könnte auf europäischer Ebene eine bessere Regelung gefunden werden“, so Gerster, „problematisch ist nur, dass einige Länder deutlich weniger Interesse zeigen, zum Beispiel bei der Dopingbekämpfung konsequent vorzugehen.“

v. l.: Martin Gerster MdB, Sportpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Norbert Darabos, Sportminister der Bundesrepublik Österreich Hermann Krist, Sportpolitischer Sprecher der Sozialdemokraten im Nationalparlament der Bundesrepublik Österreich

Biberach, den 28.09.2010

Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Kißlegg

MdB Gerster besucht die Albert-Schweitzer-Schule

Die Gelegenheit, sich eine Schule für Geistigbehinderte intensiv anzusehen, hat MdB Martin Gerster jetzt genutzt und die Albert-Schweitzer-Schule (ASS) in Kißlegg besucht.

Gerster durfte sich für ein paar Minuten "ganz leise" in den Unterricht des Schulkindergartens setzen. Dort bekam er Einblicke in die ebenso wichtige wie anspruchsvolle Arbeit der Sonderpädagogen, die auf jeden einzelnen Schüler zugeschnitten sein muss. Anschließend konnte Gerster in einer Klasse der Berufsschulstufe an einer "Gesprächsleitung" teilnehmen. Dabei stand er den Schülern zu ihrer geplanten Berlinfahrt Rede und Antwort stand. Wie auch in allen anderen Schulen wird hier den Schülern disziplinierter Umgang im Gespräch miteinander ebenso beigebracht, wie selbstbewusstes Sprechen vor einer Gruppe.

v. l.: Martin Gerster, MdB, Dirk Waibel, Schülersprecher der ASS Ein Höhepunkt des Besuchs war eine exklusive Schulführung durch den Schülersprecher der Albert-Schweitzer-Schule Dirk Waibel. Der 15-Jährige gestaltete diese Führung aus Schülerperspektive interessanter und professioneller, als es mancher Lehrer geschafft hätte. Gerster konnte so alle Räume der Schule besichtigen und bekam nebenbei ausführliche Informationen zum Schulalltag in der ASS.

Gegen Ende des Aufenthalts wurde zur offenen Diskussion bei Tisch gebeten. Vertreter aus dem Kollegium und die Rektorin der Schule, Maria-Anna Leuthner, ergriffen die Gelegenheit sich mit Gerster über die Themen Inklusion und Integration an Schulen zu unterhalten. Dabei kamen auch Anliegen und Sorgen der Pädagogen zur Sprache, wie etwa der völlig unterschätzte Arbeitsaufwand für Sonderpädagogen, mangelnde öffentliche Anerkennung und besonders die in Deutschland fehlenden zentralen Konzepte zur Einbeziehung Behinderter in die Regelschule (Inklusion).

Martin Gerster, der sich im Rahmen seiner Funktion im Sportausschuss ebenfalls für die Integration von geistig- und körperlich Behinderten einsetzt, hält

dieses Thema insgesamt für nicht konsequent genug gedacht. "Die Frage ist ja, was ist nach der Schule?" Wo die Inklusion in der Schule noch stellenweise funktioniere, sei oft spätestens in der Arbeitswelt Schluss. Gerster sagte den Pädagogen zu, sich verstärkt für die angesprochenen Anliegen einzusetzen, sodass ein Musterbeispiel wie die Albert-Schweitzer-Schule irgendwann flächendeckende Norm werden kann.

Diese Schule wird vom Landkreis Ravensburg getragen und fördert seit Jahren geistig behinderte Kinder von Anfang an. Ein Schulkindergarten unter demselben Dach sorgt für eine frühzeitige Förderung, damit die Kinder individuell und an ihre Fähigkeiten angepasst in den Schulbetrieb eingehen können. Die Schule selbst gliedert sich in Grund,- Haupt- und Berufsschule.

Biberach, den 28.09.2010
Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

DGB-Landesvorsitzender Niko Landgraf kommt in den Wahlkreis von MdB Martin Gerster

BIBERACH – Der baden-württembergische Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Niko Landgraf, kommt nach Biberach. Am Dienstag, 12. Oktober, wird er ab 18 Uhr in der TG-Vereinsgaststätte Wege aus der zunehmenden sozialen Schieflage in Deutschland aufzeigen und mit den Anwesenden diskutieren. Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster hat Landgraf eingeladen: „Die schwarz-gelbe Bundesregierung verschärft ihren Kurs der sozialen Schieflage, und die Spaltung der Gesellschaft in immer mehr Arme und immer wohlhabendere Reiche nimmt zu“, so Gerster. „Dies lässt die SPD und den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) nicht ruhen.“

Der Abend steht unter der Überschrift „Die moderne Arbeitswelt als Mehrklassengesellschaft – was ist zu tun?“ und steht in einer Reihe mit zahlreichen Herbstaktionen des DGBs unter dem Motto „Deutschland in Schieflage“. Gerster wird vor der abendlichen Veranstaltung in Biberach zusammen mit dem DGB-Landesvorsitzenden tagsüber mehrere Firmen in seinem Wahlkreis besuchen. Darunter ist die Mineralbrunnen-AG im Kisslegger Teilort Krumbach, wo Gerster und Landgraf mit Vertretern von Betriebsrat und Geschäftsleitung zu Gesprächen zusammentreffen und sich über den Betrieb informieren.

Biberach, den 29. September 2010
Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

SPD Kreis Ulm
MdB Hilde Mattheis

Versäumt Bundesregierung die gesetzliche Regelung der Überschuldungsstatistik?

In einer Schriftlichen Frage an die Bundesregierung erinnert die Sprecherinder Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion, Hilde Mattheis, die Bundesregierung an die längst überfälligegesetzliche Regelung der Überschuldungsstatistik und will wissen, ob die Frist zur Fortführung der Statistik noch eingehalten wird:

„Wann und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Überschuldungsstatistik, die seit 2006 nach § 7 Bundesstatistikgesetz durchgeführt wird und nach dieser gesetzlichen Grundlage eine Fortführung der Erhebung nur bis zum Berichtsjahr 2010 erlaubt, fortgeführt werden kann?“ Die Bundesregierung hat bisher keine entsprechend Beschlussvorlage in den Gesetzgebungsprozess eingebracht.

Aber schon am 13./14. November 2008 wurde die Bundesregierung mit dem Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz gebeten, „die Statistik über Menschen in finanziellen Schwierigkeiten – Überschuldungsstatistik – auf einer gesetzlichen Grundlage als Bundesstatistik dauerhaft zu gewährleisten“.

Die große Bedeutung der Daten der Überschuldungsstatistik für die Schuldnerberatung, die Ministerien und weitere Institutionen ist unbestritten. Die Kenntnisse zu Ursachen, Auslöser und Art der Schuldnerberatung sind wichtig für Prävention und Schutz sowie für Unterstützungsstrategien. Die Ergebnisse der Überschuldungsstatistik dienen in einzelnen Ländern als Grundlage für Zahlungen an die Schuldnerberatungsstellen. Diese Länder brauchen die erforderliche Planungssicherheit, dass die Statistik fortgeführt wird.

Sollte die Überschuldungsstatistik entfallen, fehlen wichtige Daten zur Verbraucherinsolvenz. Damit entfiele auch ein notwendiges Instrument für die EU-Strategie 2020 zur Armutsbekämpfung. Die Kosten für die dauerhafte Durchführung der Überschuldungsstatistik werden vom Statistischen Bundesamt als relativ gering eingeschätzt.

So droht wie bei der Umsetzung des Bundesverfassungsurteils zur Bemessung der Regelsätze auch in dieser Frage als Ergebnis ein politisches Mängelpa-

ket. Denn für eine sachgerechte Beratung bleibt wenig Zeit, sollte ein Gesetz nun unter Termindruck noch zustande kommen.

In ihrer Antwort auf die kleine Anfrage der SPD zur Vorbereitung und Stand des 4. Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung in der 17. Wahlperiode (Bundestags-Drs. 17/2749) wird behauptet, „um die Datenlage zur Überschuldungssituation von Privatpersonen zu verbessern, erhebt darüber hinaus das Statistische Bundesamt neben der Insolvenzstatistik seit dem Berichtsjahr 2006 jährlich eine Überschuldungsstatistik, die auf Daten der Schuldnerberatungsstellen zurückgreift."

Diese Behauptung wird für die Zukunft eine Falschaussage, sollte nicht ein entsprechendes Gesetz umgehend auf den Weg gebracht werden, damit es noch rechtzeitig für die Erhebung der Daten für das Berichtsjahr 2011 in Kraft treten kann.

21.09.2010 Büro Hilde Mattheis, MdB

Zum Gesetzentwurf einer Gesundheitsreform, den das Bundeskabinett heute verabschiedet hat, erklärt Hilde Mattheis:

Schwarz-Gelbe Gesundheitsreform geht ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer und sozial Schwächsten

„Die sogenannte Gesundheitsreform von Schwarz-Gelb ist eine systematische Schwächung der Solidarität im Gesundheitswesen. Die Spaltung in eine Zwei-Klassen-Medizin wird weiter befördert statt bekämpft, " erklärt Hilde Mattheis.

So wird bei den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen – und das sind 90 Prozent der Versicherten – bald doppelt abkassiert: Zum einen steigen die Krankenversicherungsbeiträge von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent. Zum anderen sollen Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe möglich werden. Gleichzeitig werden die Krankenkassenbeiträge der Arbeitgeber eingefroren. Alle weiteren Kostensteigerungen müssen somit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer alleine schultern. Zwar verspricht Gesundheitsminister Rösler einen steuerfinanzierten Finanzausgleich. Dieser wird aber sehr gering ausfallen und steht in keinem Verhältnis zur teuren Bürokratie, die dafür aufgebaut werden muss.

Die Bundesregierung schwächt die gesetzlichen Krankenkassen zu Gunsten der privaten Versicherungskonzerne. Zusatzversicherungen sollen nur noch bei privaten Krankenversicherungen abgeschlossen werden können; den Gesunden und Gutverdienenden soll es noch leichter gemacht werden, in die private Krankenversicherung zu wechseln. „Das ist reine Klientelpolitik", kommentiert Mattheis. „Die Bundesregierung lässt die gesetzlich versicherten Menschen im Regen stehen und treibt die Privatisierung der Gesundheitsversorgung weiter voran."

Doch nicht nur die gesetzlich Versicherten gehören zu den Verlierern der Gesundheitsreform. Ausgerechnet bei den Hausärzten will die Bundesregierung 500 Millionen Euro einsparen. Bisher konnten sich Hausärzte in sogenannte Hausarztverträge einschreiben lassen und sich somit ein gewisses Einkommen sichern. Diese sollen ab 2012 wegfallen. Eine Mangel an Hausärzten – gerade in ländlichen Gebieten wie dem Alb-Donau-Kreis – ist somit vorprogrammiert.

Berlin, 22. September 2010 Büro Hilde Mattheis, MdB

Anlässlich des Ulmer Energietages erklärt die Ulmer SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

Der schwarz-gelbe Atomdeal blockiert die nötige Energiewende

Die SPD hat im rot-grünen Regierungsbündnis die Energiewende für Deutschland eingeleitet. Grundstein war und ist der von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier vor 10 Jahren ausgehandelte Atomausstieg. Zeitgleich haben wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeführt. Der von Rot-Grün im EEG verankerte Einspeisevorrang und der Ausbau der Erneuerbaren Energien haben mehr Demokratie und Teilhabe im Energiemarkt ermöglicht, viele dezentrale Versorger konnten sich am Markt platzieren. Über 300 000 neue Arbeitsplätze allein im Bereich der Erneuerbaren Energien haben Wertschöpfung in die Regionen gebracht. Deutschland hat die Technologieführerschaft bei Erneuerbaren Energien, aber auch bei Effizienzstrategien erreichen können.

Mit dem Beschluss der Bundesregierung, die älteren Atomkraftwerke mindestens 8 Jahre und jüngere Atomkraftwerke wie z.B. Gundremmingen mindestens 14 Jahre länger am Netz zu lassen, verscherbelt die Kanzlerin all diese Erfolge für Deutschland an die Atomlobby. Die schwarz-gelbe Regierung sorgt dafür, dass die Energieversorgung wieder fest in der Hand der AKW-Betreiber liegt, die kommunalen Versorger haben das Nachsehen.

Durch die politische Betonierung bestehender Monopolstrukturen wird ganz bewusst für Jahrzehnte ein fairer Wettbewerb auf dem Strommarkt verhindert. Wenn alte abgeschriebene Atomkraftwerke in der Grundlast weiter Strom produzieren, ist kein Platz für den Ausbau Erneuerbarer Energien im Stromnetz,

gerade auch die Investitionen von Stadtwerken werden so entwertet. Damit befördert die Kanzlerin Deutschland in ein Energieszenario des letzten Jahrtausends zurück - das hat mit einer modernen zukunftsorientierten Energiepolitik nichts zu tun.

Mindestens bis 2040 würde Deutschland nach den Plänen der FDP und Union im Atomzeitalter verharren. Für unsere Kinder und Enkel bliebe nur hochgefährliche Technologie und auf Millionen von Jahren strahlende Müllberge.

Die Atom-Konzerne haben sich von der Bundesregierung in geheim ausgehandelten Vereinbarungen vertraglich weitreichende Schutzklauseln zusichern lassen. So sollen die von ihnen zu tragenden Kosten für die sicherheitstechnische Nachrüstung von alten AKWs begrenzt werden. Die Brennelemente-Steuer wird nur zeitlich befristet erhoben.

Entgegen der Bewertung vieler Experten und Verfassungsrechtler soll die Entscheidung über die Verlängerung der Laufzeiten außerdem ohne die Beteiligung des Bundesrates fallen, obwohl die Länder für die Überwachung der Anlagen verantwortlich sind und die damit verbundenen Kosten tragen. Das Klagerecht für Anwohner, z. B. zur Sicherheit der Atommeiler vor Terrorangriffen, will Schwarz-Gelb abschaffen.

Das ist der Ausverkauf von Sicherheit und die Aushebelung von Demokratie. Die Bundesregierung bricht hier sehenden Auges einen der härtesten gesellschaftlichen Konflikte der letzten Jahrzehnte wieder auf.

Die Mehrheit der Bevölkerung will am vereinbarten Ausstieg aus der Atomenergie festhalten. Die Menschen wollen, dass die unter Rot-Grün begonnene Energiewende dynamisch weitergeht. Gemeinsam mit den sozialdemokratisch regierten Bundesländern wird die SPD deshalb gegen den Atom-Beschluss eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vorbereiten. Sollte Schwarz-Gelb das schmutzige Geschäft mit den Atom-Energieversorgern durchsetzen, werden wir nach einem Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2013 den Atomausstieg mit allen Mitteln angehen. Zugeständnisse an die Atom-Konzerne kann es nach dem eklatanten Vertrags- und Vertrauensbruch nicht mehr geben.

24.09.2010 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

SPD Partnerschaft Ulm-Jena auf dem Bundesparteitag der SPD präsentiert

Unter den Initiatoren der Partnerschaft befanden sich auch die heutige stellv. Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis und der thüringische Landesvorsitzende und Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Christoph Matschie. Beide trafen sich zu einem Erinnerungsaustausch am Rande des Bundesparteitages.

Im September 1990 wurden die beiden Sozialdemokratischen Parteien vereint und gestalten seitdem Gemeinsam das wiedervereinigte Deutschland. Besonderer Ausdruck dieser innerparteilichen Solidarität sind Partnerschaften zwischen einzelnen Kreisverbänden und Ortsvereinen.

Im Rahmen des Bundesparteitages in Berlin wurden zahlreiche Beispiele präsentiert – darunter auch die Partnerschaft Ulm-Jena. Noch im Dezember 1989 wurden die Beziehungen auf- und ausgebaut und die Ulmer Genossinnen und Genossen unterstützen die damals noch SDP genannte Schwesterpartei bei der Aufbauarbeit.

27.09.2010 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

Hilde Mattheis informiert sich über die Arbeit der psychologischen Beratungsstelle der Diakonie

Zum Abschluss ihrer politischen Sommertour informierte sich die SPD-Bundestagsabgeordnete und stellv. Landesvorsitzende Hilde Mattheis über die Arbeit der psychologischen Beratungsstelle der Diakonie.

Im Gespräch mit Florian Kienzerle (Leiter der Beratungsstelle) und Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle wurde deutlich, dass insbesondere der ländliche Raum von einem Mangel psychotherapeutischer Infrastruktur vor allem für Kinder- und Jugendliche betroffen ist. Die Angebote der Beratungsstelle für Familien- und Erziehungsberatung in den Außenstel-

len in Blaubeuren, Langenau und Laichingen werden dementsprechend stark angenommen. Diese Arbeit wir auch von den Kommunen bezuschusst. Ebenfalls tätig ist die Beratungsstelle in der Paar- und Lebensberatung; dafür gibt es keinerlei öffentlichen Zuschüsse mehr. Der Förderkreis der Beratungsstelle sammelt dafür Spenden.

Zwar sind die Angebote im Stadtkreis Ulm besser ausgebaut, jedoch besteht auch hier Ausbaubedarf, da die Fallzahlen in den vergangenen Jahren stetig zunehmen. Wie Mattheis hinwies, zeigt sich, „ dass insbesondere die niedrig schwelligen Angebote von besonderer Bedeutung sind“. Als aktuelle Entwicklung wiesen die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle auch auf die Zunahme von Beratungen in schwierigen Lebenssituationen aufgrund von finanziellem Druck hin. „Dahinter stünden insbesondere die stark gestiegenen Zahlen von Familien in Armut “, so die Mitarbeiterinnen.

30.09.2010 Büro Hilde Mattheis, MdB

Zu der von Unions-Fraktionschef Volker Kauder angekündigten Erhöhung der Pflegeversicherung erklärt Hilde Mattheis, stellvertretende Sprecherin der AG Gesundheit und Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für Pflegepolitik:

Keine Teilprivatisierung der Pflegeversicherung

Nach der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, der Einführung einer Kopfpauschale und der möglichen Vorauskasse beim Arzt kündigt Schwarz-Gelb schon die nächste Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger an: Die Beiträge zur Pflegeversicherung sollen erhöht werden: Außerdem soll eine private Zusatzversicherung eingeführt werden. Von wegen mehr Netto vom Brutto.
Die Pläne von Schwarz-Gelb bedeuten nichts anderes als eine schleichende Privatisierung der Pflegeversicherung. „Das Risiko pflegebedürftig zu werden muss solidarisch abgesichert sein und darf nicht zum Geschäft privater Versicherungskonzerne gemacht werden“, erklärt Mattheis. „Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die an Rendite orientierten privaten Versicherungen elementare Lebensrisiken nicht zuverlässiger absichern können als die Umlage finanzierten Sozialversicherungen.“
Eine Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung bei gleichzeitiger Einführung einer privaten Zusatzversicherung belastet wieder einmal die unteren Einkommensgruppen besonders stark. Das ist doppelt ungerecht, denn das Risiko pflegebedürftig zu werden ist für diesen Menschen besonders hoch.
Statt endliche einen solidarischen Finanzausgleich zwischen der sozialen und privaten Pflegeversicherung zu organisieren, betreibt Schwarz-Gelb eine Flickschusterei auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und zu Gunsten privater Versicherungsunternehmen.

Um die zukünftigen Herausforderungen in der Pflege nachhaltig zu finanzieren und die Leistungen besser auf die Bedürfnisse der pflegebedürftigen Menschen auszurichten, fordert die SPD die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs (Bundestagsdrucksache 17/ 2480), der durch einen Finanzausgleich zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung finanziert wird. Ziel ist die Einführung der Bürgerversicherung Pflege, bei der alle Einkommensarten berücksichtigt werden und jeder nach seiner finanziellen Stärke solidarisch einbezahlt.

Berlin, 05.10.10 Büro Hilde Mattheis, MdB

„Neue Wege in der Wirtschaftspolitik“

ein Vortag des Chefökonomen der Gewerkschaft ver.di Dr. DIERK HIRSCHEL

Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis spricht der Chefökonom der Gewerkschaft ver.di Dierk Hirschel am 11. Oktober um 18 Uhr im Ulmer Haus der Donau in der in der Kronengasse 4.

Thema des Vortrages und der Diskussion werden die Lösungsvorschläge der SPD im Bereich Wirtschaftspolitik sein. Hirschel wird darlegen, dass ein anderes Wirtschaften in unserer Gesellschaft möglich sein kann. Unter dem Stichwort „Wirtschaftsdemokratie“ stellt der Experte ein neues Konzept für mehr Mitbestimmung vor.

Zur Diskussion mit dem Fachmann im Bereich der Volkswirtschaft, lädt Hilde Mattheis alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein.

Dierk Hirschel springt dankenswerterweise für den Thüringischen Wirtschaftsminister Matthias Machnig ein, der kurzfristig absagen musste.

<u>Zu Dr. Dierk Hirschel:</u>
Dr. Dierk Hirschel ist der Chefökonom der ver.di und war zuvor Chefökonom beim deutschen Gewerkschaftsbund. Bekannt würde er durch zahlreiche Veröffentlichungen in überregionalen Tageszeitungen und mit zahlreichen Büchern zum Thema Wirtschaft.
Hirschel setzt sich für eine Demokratisierung der Marktwirtschaft ein. Er trat schon vor der Wirtschaftskrise für eine Regulierung der Finanzmärkte und eine Finanztransaktionssteuer ein.

07.10.2010 Büro Hilde Mattheis, MdB

Fortsetzung von S. 12
(Termine)

OV Meersburg:

Donnerstag, 14.10. 20:00 Uhr
SPD-Hock
Weinstube im Truben, Meersburg, Steigstr. 6

Donnerstag, 28.10. 20:00 Uhr
Ortsvereinssitzung
Gutsschänke

OV Immenstaad:

Mittwoch, 20.10.2010, 19:30 Uhr
Volksabstimmungen gegen Politikverdrossenheit?, Ort: Wohnanlage für Jung und Alt, Immenstaad

OV Tettnang:

Freitag den 29.Okt. 2010
140jähriges Jubiläum
Mit **Herta Deubler-Gmelin**
Siglinde Roman, OV-Vorsitzende

OV Überlingen:

Montag 18.10.2010
parteiöffentliche Vorstands- und Fraktionssitzung
Ort: wird bekanntgegeben
Zeit: 19:00
Mitgliederversammlung
Zeit: 20:00
Thema des Tages: wird bekannt gegeben

KV Lindau:

Sozialistenhut 2010
13. Oktober um 20 Uhr
Verleihung des Sozialistenhuts 2010
an Heinz Buschkowsky
Lindenberg, Löwensaal-Foyer

SBI:

Herbsttagung der SBI
Samstag, den 30. Oktober 2010
11.00-13.00 Uhr
„Fremdenangst und die Rolle der Demokratie“
Tagungsort: Friedrichshafen
Hotel Buchhorner Hof, Tagungsraum

IG-Metall:

Mittwoch, 13. Oktober, 19 bis 21.30 Uhr
Graf-Zeppelin-Haus, Alfred-Colsmann-Saal
Friedrichshafen
"Leiharbeit - Arbeit ohne Perspektive!
- Gute Arbeit - Gutes Leben!
Warum nicht auch für Leiharbeitsbeschäftigte
mit: Katja Mast (SPD), Lothar Riebsamen (CDU), Beate Müller-Gemmeke (Bündnis90/Die Grünen), Pascal Kober (FDP), Annette Groth (Linke), Detlef Wetzel (2. Vorsitzender der IG Metall).

SPD BW

SPD weist Regierungsgutachten zurück – Antrag über Volksabstimmung Ende Oktober im Landtag

Fraktionschef Claus Schmiedel: „Hier zeigt sich, dass Mappus letztlich Angst vor einer Entscheidung des Volkes hat“

Die SPD-Fraktion weist die heute von den Gutachtern der Landesregierung vorgebrachten Ergebnisse zum SPD-Antrag für eine Volksabstimmung über „Stuttgart 21“ zurück. Ihre Erklärung stützt sich auf die rechtliche Einschätzung von Prof. Dr. Georg Hermes, Institut für öffentliches Recht, Fachbereich Rechtswissenschaft, Universität Frankfurt, und Prof. Dr. Joachim Wieland, Professor für öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. „Das Ergebnis zeigt, dass das Gutachten von vornherein als Alibi für die Regierung gedacht war“, erklärt SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel. Die SPD wird ihren Antrag Ende Oktober im Landtag einbringen und ihn dabei mit neuen rechtlichen Gutachten unterstützen. „Letztlich geht es nicht um rechtliche Einschätzungen, sondern darum, ob die Regierung einen Volksentscheid politisch will oder nicht“, sagt Schmiedel. Und: „Hier zeigt sich, dass Mappus letztlich Angst vor einer Entscheidung des Volkes hat.“

Zu 1.

Die Kompetenz des Bundes in Angelegenheiten der Eisenbahn-Infrastruktur ist unbestritten. Ziel der SPD-Fraktion war es zu keinem Zeitpunkt, in diese Kompetenz des Bundes einzugreifen. Vielmehr geht es um den Ausstieg aus dem Finanzierungsvertrag, in dem das Land als Vertragspartner fungiert.

Zu 2.

Artikel 60 Absatz 3 der Landesverfassung sieht ein förmliches Abstimmungsverfahren unter Beteiligung der Landesregierung und des Landtags vor. Es liegt in der Hand der Landesregierung, durch einen entsprechenden Gesetzentwurf eine Volksabstimmung im Land herbeizuführen. Entgegen der Ansicht der Regierungsgutachter genügt dieses Motiv.

Zu 3.

Auch Artikel 60 Absatz 6 der Landesverfassung, der

grundsätzlich keine Abstimmung über das Staatshaushaltsgesetz erlaubt, widerspricht nicht dem Antrag. Nach der derzeitigen Rechtslage sind Volksabstimmungen über finanzwirksame Gesetze durchaus möglich.

Zu 4.

Verträge, die das Land und den Steuerzahler über viele Jahre in der Größenordnung vieler Millionen verpflichten, gehören nicht in die exklusive Zuständigkeit der Regierung. Das Parlament und das Volk als Gesetzgeber haben hier ein Zugriffsrecht. Das folgt aus den grundlegenden Geboten des Rechtsstaats (Vorrang des Gesetzes vor dem Vertrag) und der Demokratie. Berechtigten Belangen des Vertrauensschutzes seitens der Vertragspartner wird durch Entschädigungsregelungen Rechnung getragen.

Zu 5.

Ein Recht auf Beendigung des Vertrags wäre aus Gründen der Demokratie geboten. Wenn das Parlament und das Volk feststellen sollten, dass „Stuttgart 21“ schwere Nachteile für das Gemeinwohl mit sich brächte, die es zu verhüten gälte, dann spräche vieles dafür, dass die Landesregierung ein Kündigungsrecht nach § 60 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes hätte. Jedenfalls würde dann eine Aufhebung des Vertrages durch Gesetz in Betracht kommen. Die Vertragspartner wären gegebenenfalls zu entschädigen.

Stuttgart, 5. Oktober 2010 **Dr. Roland Peter, Pressesprecher**

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion

Freitag, 1. Oktober 2010

Die Themen:

- Schwarz-Gelbes Energiekonzept: Geschenk an Atomkonzerne
- Schwarz-gelbe Gesundheitsreform: Abrissbirne gegen Sozialstaat
- Armut umfassend bekaempfen
- 20 Jahre Deutsche Wiedervereinigung: Soziale Einheit vollenden
- Bankenabgabe = Alibiabgabe
- Haushaltsbegleitgesetz - Sparpaket mit sozialer Schieflage
- Existenzminimum darf nicht nach Kassenlage defi niert werden
- Leere Taschen, leere Versprechen - Merkel und Niebel beim UN-Millenniumsgipfel

Veroeffentlichungen:

- Reihe "Dokumente": Reichtum und Finanzmarktkrise - Handlungsbedarf und politische Antworten

Die Themen

UMWELT/REAKTORSICHERHEIT

Schwarz-Gelbes Energiekonzept: Geschenk an Atomkonzerne Jobs im Bereich der erneuerbaren Energien bedroht

Die SPD-Bundestagsfraktion wirft der Regierung vor, zu Gunsten der Atomlobby die Sicherheit der Buergerinnen und Buerger aufs Spiel zu setzen. Zudem gefaehrdet Schwarz-Gelb 300.000 Jobs im Bereich der erneuerbaren Energien.

Mehr ....

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,53379,00.html

GESUNDHEIT

Schwarz-gelbe Gesundheitsreform: Abrissbirne gegen Sozialstaat Geschenke fuer Arbeitgeber, PKV und Pharmakonzerne

Die Beitragssaetze der gesetzlichen Krankenversicherung werden ab 2011 von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent ansteigen. Davon entfallen 8,2 Prozent auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber zahlen 7,3 Prozent und dieser Anteil soll eingefroren werden. Das ist der Ausstieg aus der paritaetischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,52932,00.html

ARBEIT/SOZIALES

Armut umfassend bekaempfen
SPD fordert Mindestlohn, Kitas und Ganztagsschulen

Die SPD hat im Bundestag ein Gesamtpaket gefordert, um Armut wirksam zu bekaempfen und Kinder besser zu foerdern. Die Rednerinnen und Redner der SPD forderten einen gesetzlichen Mindestlohn und ein Infrastrukturprogramm fuer mehr Kitas und Ganztagsschulen. Heftige Kritik uebte die SPD an den Plaenen von Schwarz-Gelb: Die Regierung spart bei den Armen und entlastet Erben, Hoteliers, Atomwirtschaft.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,53609,00.html

AKTUELL

20 Jahre Deutsche Wiedervereinigung: Soziale Einheit vollenden Schwarz-gelbe Schoenfaerberei schadet Zusammenwachsen

Die SPD-Bundestagsabgeordneten haben in ihrer Fraktionssitzung am 28. September 2010 gemeinsam mit Richard Schroeder das Jahr der Einheit Revue passieren lassen sowie Bilanz gezogen. Fuer die Sozialdemokraten bleibt die Vollendung der Einheit das vorrangige Ziel gesamtdeutscher Politik. Diesen Prozess werden sie weiterhin konstruktiv vorantreiben und ebenso kritisch wie solidarisch begleiten.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,50441,00.html

FINANZEN

Bankenabgabe = Alibiabgabe
Kaum spuerbare Konsequenzen fuer die Banken

Mit dem Restruktuierungsgesetz sollen Banken in Zukunft die Kosten und Risiken einer Bankenkrise selber tragen. Das ist gut. Allerdings fruehestens in 60 Jahren. Das ist weniger gut.

Mehr ....

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,52817,00.html

HAUSHALT/FINANZEN

Haushaltsbegleitgesetz - Sparpaket mit sozialer Schieflage Sparpaket ist ein Umverteilungspaket

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz treibt die Regierung die soziale Spaltung in Deutschland voran. Es wird bei denjenigen gekuerzt,die ohnehin am wenigsten haben, die Gutverdienenden werden nicht einbezogen.

Mehr ...:
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,53403,00.html

SOZIALES

Existenzminimum darf nicht nach Kassenlage definiert werden Grundrecht auf Bildung erfordert Ausbau von Kitas und Ganztagsschulen

Bis Ende des Jahres hat Schwarz-Gelb Zeit, den Auftrag des Verfassungsgerichts umzusetzen. Doch Bundesarbeitsministerin von der Leyen hat sich monatelang im Streit um ihren Chipkartenvorschlag verzettelt und wertvolle Zeit vergeudet. Die laeuft ihr nun davon. Die SPD-Bundestagsfraktion kritisiert den viel zu engen Zeitplan fuer das Gesetzgebungsverfahren und warnt davor, das Existenzminimum nach Kassenlage zu definieren.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,53488,00.html

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT/ENTWICKLUNG

Leere Taschen, leere Versprechen Merkel und Niebel beim UN-Millenniumsgipfel

Vor zehn Jahren hat die internationale Staatengemeinschaft acht sogenannte Millenniumsentwicklungsziele beschlossen. Unter anderem sollen Armut und Hunger auf der Welt bis 2015 halbiert werden. In dieser Woche ziehen 125 Staats- und Regierungschefs bei einem Millenniumgipfel der Vereinten Nationen eine Zwischenbilanz.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,53483,00.html

Veroeffentlichungen

Neues Dokumenteheft erschienen:
Reichtum und Finanzmarktkrise - Handlungsbedarf und politische Antworten Konferenz der Arbeitsgruppe Verteilungsgrechtitgkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion (dokumente 03/10, 75 Seiten, September 2010)

Mehr ...:
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,13458,00.pdf

Diese und weitere Veroeffentlichungen koennen Sie bei uns kostenlos bestellen oder/und als PDF laden:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

Mit freundlichen Gruessen
webteam@spdfraktion.de **www.spdfraktion.de**

Verleihung des Sozialistenhuts

An

Heinz Buschkowsky

Bezirksbürgermeister Berlin-Neukölln

Am Mittwoch 13. Oktober 2010
um 20.00 Uhr
in Lindenberg, Löwensaal-Foyer
die Laudatio hält
Rudolf Dreßler, Botschafter a.D.

SPD
Kreisverband Lindau

V. i. S. D. P.: Leo Wiedemann

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern e.V. (*Allgäuer Haufen)*

Lindenberg, den 22. September 2010

Leitlinien zur Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Musikschulen

Um der besonderen Bedeutung des Musikschulwesens Rechnung zu tragen, orientieren sich die Städte, Kreise und Gemeinden an folgenden Leitlinien:

1. Musikschulen erfüllen eine wichtige kultur- und bildungspolitische Aufgabe in den Städten, Kreisen und Gemeinden. Sie haben in der Kooperation mit den Kindertagesstätten und allgemeinbildenden Schulen eine eigenständige pädagogische und kulturelle Aufgabe. Musikschulen sind, wie das Bildungssystem insgesamt, eine öffentliche Gemeinschaftsaufgabe, bei der auch die Länder in der Pflicht stehen. Diese sollten sich angemessen an Betriebskosten, überörtlichen Aufgaben sowie Qualifizierungsmaßnahmen beteiligen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie herzlich zu einer Tagung zu zwei aktuellen Themen einladen.

Am Mittwoch, 13.Oktober um 16.00 Uhr
im „Lindenberger Hof“, Hauptstr.50
in Lindenberg i. Allgäu

Tagesordnung: Bläserklasse an der Hauptschule Lindenberg
Erfahrungsbericht musikalische Ausbildung : Artur Tronsberg
pädagogischer Bereich : Vinzens Pickenhan
Mus(a)ik Kooperation AWO Hort und Musikschule Lindenberg
Susanne Hollerweger

„Integration ist mehr als nur das erlernen der deutschen Sprache“
Referent: Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister Berlin Neukölln

Mit freundlichen Grüßen
Leo Wiedemann

Seminare für neue Vorstands-mitglieder

EINLADUNG

Fit fürs Amt II

"Versammlungen leiten – Beteiligung ermöglichen"

Workshop für neugewählte Vorsitzende und andere Vorstandsmitglieder von SPD-Ortsvereinen

Samstag, 30. Oktober 2010, 10 Uhr bis ca. 17 Uhr

SPD-Bürgerbüro Weingarten
Durlacher Straße 22, 76356 Weingarten

Politische Veranstaltungen gelten, häufig zu Recht, als öde und ritualisiert. Politische Veranstaltungen können spannend sein: sie können gelebte Demokratie an der Basis sein, Kontroversen deutlich machen, Kompromisse finden helfen.

Mit diesem „Fit fürs Amt" –Workshop wollen wir die lebendige politische Arbeit vor Ort unterstützen und die Kommunikation mit Bürgern und Mitgliedern erleichtern.

Einige der Themen, um die es geht:

- ➔wie bereite ich eine Jahreshauptversammlung vor?
- ➔wie leite ich eine Versammlung?
- ➔wie organisiere ich mehr Beteiligung sowohl meiner Mitglieder wie der Bürgerinnen und Bürger?
- ➔wie sorge ich dafür, dass unsere Veranstaltungen tatsächlich praktische Folgen haben?

...und für eure Fragen soll natürlich auch noch Zeit bleiben!

Leitung des Workshops: **Jana Zirra, Lörrach**
Dagmar Heilsberg, Schorndorf

Die Workshops für neugewählte Vorsitzende und andere Vorstandsmitglieder von SPD-Ortsvereinen veranstaltet der SPD-Landesverband im Rahmen seines innerparteilichen Bildungsprogramms in allen vier Regierungsbezirken. „Fit fürs Amt" ist eine Reihe von vier Workshops. Die anderen Themen sind:

Fit fürs Amt I:	Rechtliche und politische Grundlagen von Parteiarbeit, Finanzen des Ortsvereins, Sitzungen und Veranstaltungen planen und leiten
Fit fürs Amt III:	Moderne Öffentlichkeitsarbeit
Fit fürs Amt IV:	Computer im Ortsverein

Weitere Informationen und Anmeldungen beim SPD-Landesverband, Wilhelmsplatz 10, 71638 Stuttgart, Tel. (0711)6193651, Fax (0711)6193648 oder eMail frank.gloel@spd.de

Weitere Hinweise:

- Der Workshop ist kostenfrei.
- Tagungsort / Anfahrt:

SPD-Bürgerbüro Weingarten (Baden)
Durlacher Straße 22, 76356 Weingarten

So findet ihr das Bürgerbüro:

http://maps.google.de/maps?hl=de&ie=UTF-8&tab=wl

Weingarten ist ab Karlsruhe mit der S-Bahn S32 zu erreichen. Fußweg ab Bahnhof ca. 15 Minuten.

Anfahrt über die Autobahn A5 Karlsruhe – Mannheim.

Anmeldung bitte per Fax an: (0711)6193648
oder per E-Mail an: frank.gloel@spd.de

✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂✂

Hiermit melde ich mich zum Workshop für neue Vorstandmitglieder Fit fürs Amt II „Versammlungen leiten – Beteiligung ermöglichen“ am Samstag, 30. Oktober 2010 in Weingarten an.

Name: ....

Adresse: ....

Funktion: ....

Telefon: ....E-Mail: ....

Impressum

Herausgeber:

Dietram Hoffmann
Zum Brachsen 2
88662 Überlingen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg **Tel.: 07532/313048**
e-mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren **Tel.: 07542/20349**

e-mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Bundes-SPD (SPD.de):	**www.spd.de SPD.de**
Büro Peter Simon, MdEP:	**peter.simon@europarl.europa.eu**
Evelyne Gebhardt, MdEP:	
Europa Aktuell:	**EGebhardt.MdEP@t-online.de**
Irene Demuth:	**id-demuth@t-online.de**
Jochen Jehle:	**Jochen.Jehle@spd-online.de**
Dietram Hoffmann:	**dietram.claudia@t-online.de**
Norbert Zeller, MdL:	**norbert.zeller@spd.landtag-bw.de**
Bernd Caesar:	**bernd.caesar@online.de**
Dario Sulzer:	**sulzer@sp-sg.ch**
Barbara Gysi, SP:	**info@sp-sg.ch**
Michael Walther:	**m-walther@bluewin.ch**
SPÖ-Express:	**hubert.loetsch@spoe.at www.spoe.at**
Martin Gerster, MdB:	**martin.gerster@bundestag.de**
Wolfgang Heinzel,	
Büroleiter Bürgerbüro Biberach:	**Wolf99maci@aol.com**
Wolfgang Heinzel:	**pressemaci@aol.com**
Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:	**hilde.mattheis.ma01@bundestag.de**
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:	**hilde.mattheis@wk.bundestag.de**
Siglinde Roman:	**s.roman@t-online.de**
Dr. Roland Peter,	
Pressesprecher:	**roland.peter@spd.landtag-bw.de**
Webteam SPD-BW:	**webteam@spdfraktion.de**
Leo Wiedemann:	**leo.wiedemann@t-online.de**
Frank Gloel:	**frank.gloel@spd.de**

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen
(Karl-Heinz König) **roterseehas@kabelbw.de**